

DKP-Informationen

Nr. 2/2018 - 19. März 2018

22. Parteitag der DKP

2. – 4. März 2018

Haus der Jugend, Frankfurt am Main

- **Referate**
- **Wahlergebnisse**

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -

Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Versandkosten)

22. Parteitag der DKP
2. – 4. März 2018, Frankfurt am Main

Inhalt

1. Eröffnung des 22. Parteitages der DKP
Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP
2. Referat „Zu aktuellen Entwicklungen des Imperialismus, der Strategie der KommunistInnen und den Aufgaben der DKP heute“
Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
3. Referat „Zur Situation der DKP und Möglichkeiten ihrer Stärkung“
Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP
4. Einleitung zur Antragsdebatte zum Leitantrag
Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP
5. Ergebnisse der Parteiwahlen

22. Parteitag der DKP

2. – 4. März 2018, Frankfurt am Main

(Unkorrigiertes Manuskript. Es gilt das gesprochene Wort.)

Eröffnung des 22. Parteitages

Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

im Auftrag des Parteivorstandes begrüße ich alle Delegierten und Gäste des 22. Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei.

Unser Parteitag tritt in einer besonderen politischen nationalen wie internationalen Lage zusammen. Da sind Kriege, Bürgerkriege, Millionen Menschen auf der Flucht, Wetter- und Klimaextreme, bei denen ein Blick in die nächsten 30-50 Jahre nur das Allerschlimmste erwarten lassen kann. Da sind die langandauernden Aus- und Nachwirkungen der großen Krise von 2007/2008. Wahre Explosionen von Reichtum und Profiten bei den Milliardären und Millionären und die immer größer werdende Zahl von Armut und Verelendeten, insbesondere von Kindern, auf der andern Seite. Niemals in der Geschichte der Menschheit war diese Kluft so krass.

Das Wort des größten Sohnes dieser Stadt, Johann Wolfgang v. Goethe, „Vernunft wird Unsinn, Wohlthat zur Plage“ charakterisiert die Kluft zwischen potentiell menschlichen Fortschritt und der Realität, die die dem kapitalistischen Profitprinzip untergeordnete Entwicklung von Wissenschaft und Technologie tatsächlich mit sich bringt. Es geht längst um mehr als die Auswirkungen der sog. „digitalen Revolution“ oder des künstlich geschaffenen und beschleunigten-Klimawandels für Mensch und Natur. Wenn das „Klonen“ jetzt auch von unseren nächsten Verwandten, von Affen, möglich geworden ist, dann ist auch das Kopieren nicht mehr weit. Die Herstellung von möglicherweise Hunderten oder Tausenden solcher „Mutationen“ der Gattung homo sapiens sapiens wird möglich. Kommt dann die nächsthöhere Stufe einer vom Kapital kontrollierten Evolution mit der Entstehung des „stressresistenten“, auf „Multitasking“ und allseits gesteigerte Aggressivität getrimmten „neuen Menschen“ - auf uns zu?

Heute, da es in allen im Bundestag vertretenen Parteien drunter und drüber geht, geht es nicht nur um Sitzanteile im Parlament. Es geht zum Teil um das „Überleben“ dieser Parteien. Der stellv. Vorsitzende der SPD, Schäfer-Gümbel, sprach dieser Tage sogar von der Gefahr dass seine Partei „sterben“ könnte. Er vergaß dabei zu sagen, dass bereits Rosa Luxemburg von der SPD als einem „stinkendem Leichnam“ gesprochen hatte. CDU / CSU werden von tiefen Meinungsverschiedenheiten zerrissen, über die Frage, ob sie endgültig ihren Status als „Volksparteien“ verloren hätten und wie sie ihre eigenen historischen und theoretischen Quellen heute noch zu verstehen haben. Und der neue Vorsitzende der Grünen, Habeck, sieht seine Partei vor ähnlichen Neubestimmungen des Profils seiner Truppe, die sich einstmals doch nach dem Willen ihrer Gründergeneration als „basisdemokratisch, ökologisch, antimilitaristisch und feministisch“ definierte hatte.

Auch ehemalige DKP- oder MSB Genossen spielten damals dort eine Rolle. Sie setzten ihre Hoffnung nun in diese „radikal-linke“ Partei, weil es mit der DKP „nicht schnell genug“ voranging. Wir wissen, wo sie gelandet sind. Sie haben unsere frühere Parolen auf den Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, gegen den faschistischen Putsch in Chile, gegen die Berufsverbote vergessen und verraten: „Lieber in der Front des Volkes als im Arsch der Bourgeoisie.“ Genau da sind sie aber gelandet.

Über die Kontroverse innerhalb der Partei „Die Linke“ und die von S. Wagenknecht und O. Lafontaine angestoßene Debatte um die „Linke Sammlungsbewegung“, von der keiner weiß, was deren inhaltliche Substanz ausmachen soll, will ich nicht viel sagen. Mir tun nur diejenigen alten Genossinnen und Genossen leid, die noch immer der Illusion anhängen, dass eine dermaßen in sich weltanschaulich und ideologisch zersplitterte „Reformpartei“ die Antwort sei, um frühere antikapitalistische Ziele und Ideale zu vertreten.

Doch es gibt keinen Grund für uns nur auf die anderen zu zeigen. Es gibt das kluge Wort: „Wenn Du mit deinem Zeigefinger auf andere zeigst, vergiss nicht, dass die anderen vier Finger auf Dich zeigen.“

Wir müssen in den nächsten zweieinhalb Tagen viel dafür tun, dass unsere Partei den jetzigen kritischen Zustand überwindet und sich wieder ganz entschieden auf das unverzichtbare gemeinsame politische Fundament und die notwendige Einheit ihrer Organisation und des gemeinsamen Handelns besinnt. Die zur Diskussion und Beschlussfassung vorliegenden Dokumente und Anträge zeigen uns dafür den richtigen Weg.

Wie es bei uns gute Tradition ist wollen wir vor den Beratungen und Entscheidungen aber zunächst der Toten der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung gedenken, die unsere kommunistische Kampfgemeinschaft verlassen haben. Die internationale kommunistische Bewegung trauert um den Verlust herausragender Genossinnen und Genossen.

Diese Verstorbenen blieben den Zielen und dem Weg des „Kommunistischen Manifestes“ von Karl Marx und Friedrich Engels sowie der Oktoberrevolution treu, den W.I. Lenin und die Partei der Bolschewiki gebahnt und in den opfervollen politischen und militärischen Kämpfen gegen die imperialistischen Interventen und die mörderischen Armeen des deutschen Faschismus verteidigt haben.

Wir gedenken der Genossen:

Fidel Castro-Ruiz, erster Sekretär der KP Kubas und „Comandante en Jefe“ der Kubanischen Revolution, November 2016.

Mit Fidel verlor nicht nur das revolutionäre Kuba eine ihrer wichtigsten Führungspersönlichkeit. Das persönliche Ansehen Fidels und das inspirierende Beispiel der kubanischen Revolution für die gesamte antiimperialistische Welt und die kommunistische Bewegung bilden eine Einheit.

Fidels zahlreichen Bekenntnisse zum Marxismus-Leninismus als seiner persönlichen wissenschaftlichen und revolutionären Grundlage und als ideologisches Fundament der Kubanischen KP sind auch für uns in den letzten Jahren, in denen wir um Klarheit über unsere eigenen programmatischen und gemeinsamen weltanschaulichen Grundlagen zu kämpfen hatten, eine große Inspiration gewesen. Sie werden es auch bleiben.

In seiner fast 800 Seiten langen Biographie, die von Ignacio Ramonet auf Basis von 60 Stunden geführten Interviews und Gesprächen erstellt wurde, hinterließ Fidel u.a. folgende Erklärung für seinen lebenslangen revolutionären Kampf: „Am 10. März 1952, dem Tag des Staatsstreichs Batistas war ich bereits seit einigen Jahren überzeugter Marxist und Leninist- aufgrund der Werte, die ich gewonnen hatte, aufgrund der Dinge, die ich in all den Jahren auf der Universität gelernt hatte. Ohne diesen Hintergrund hätte ich nie irgendeine Rolle spielen können. Ohne Kompass wäre Kolumbus nirgendwo angekommen. Aber es gab diesen Kompass. Ich hatte einen: das was ich bei Marx und Lenin gelernt hatte. Und die Ethik, das muss ich noch mal sagen, die ich bei Marti gefunden hatte.“ (Fidel Castro: Mein Leben, S. 116)

Wir gedenken desweiteren:

Kadri Erols, Mitglied des ZK der KP der Türkei: ermordet in Ankara, Oktober 2015

Carlos Luis Casabiancas, Vorsitzender der Paraguayischen KP, Oktober 2015

Andrej Filipows, Internationaler Sekretär der KP der Russischen Föderation, April 2016

Alfredo Bauers, ZK der KP Argentiniens, österreichisch-argentinischer Arzt und Autor, Verfolgter des Naziregimes, Mai 2016

Fernando Macarro Castillos, alias "Marcos Ana", ZK der KP Spaniens, Politkommissar der 44. Brigade im Spanischen Krieg, 23 Jahre in faschistischer Haft, kommunistischer Dichter, November 2016

Patricio Echegarays, Generalsekretär der KP Argentiniens und Wegbereiter der revolutionären Wende der Partei 1986, August 2017

Liebe Genossinnen und Genossen,

in diesem Jahr stehen wir in einer ungebrochenen organisatorischen, personellen und politischen 100-jährigen Kontinuität der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Wilhelm Pieck, Hermann und Käthe Duncker, Franz Mehring und anderen begründeten Kommunistischen Partei Deutschlands. 50 Jahre trennen uns demnächst vom Datum der Neukonstituierung der Kommunistischen Partei in der alten BRD, die die Kommunistinnen und Kommunisten nach 12 Jahren Illegalität neu formiert haben.

Nach der verheerenden Niederlage und dem Sieg der Konterrevolution in der sozialistischen DDR, die bis heute die größte Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung bleibt, geht die DKP den nicht einfachen Weg der Reorganisation und der Festigung ihrer Reihen. Wir tun dies im Geiste und im Sinne unserer Gründungsmütter und Gründungsväter nicht nur von 1918, sondern natürlich auch von 1968.

Viele dieser kommunistischen Persönlichkeiten, die ja zum größten Teil schon in der KPD für den Sozialismus-Kommunismus gekämpft hatten und im Kampf gegen den deutschen Faschismus, Gesundheit, Freiheit und Leben riskierten, haben uns seit dem letzten Parteitag verlassen. Diese Verluste an Erfahrungen, Einsatz und lebenslanger Treue für die Ziele der Partei sind nicht wettzumachen.

Mir liegt eine Liste mit 73 Namen vor. Ich erlaube mir daraus 22 vorzulesen und beginne mit

Herbert Mies, Baden-Württemberg

Herbert war Nachfolger unseres unvergessenen ersten Vorsitzenden, Kurt Bachmann, und führte die Partei als Vorsitzender von 1971 bis 1990. Mit ihm sind die Jahre der Wiedergewinnung der Legalität der KP und Stärkung der DKP verbunden. Mit ihm verknüpfen sich die Entwicklung der DKP zu einer Partei des proletarischen Internationalismus, der Solidaritätsbewegung mit Vietnam, mit dem antifaschistischen Portugal und Spanien, der Solidarität gegen das faschistische Obristenregime in Griechenland, der Solidarität mit den sozialistischen Staaten, besonders der UdSSR und der DDR und unsere Freundschaft mit dem revolutionären Kuba.

Mit Herbert und der damaligen kollektiven Führung der DKP sind die Erfolge in der Friedensbewegung, vor allem der „Krefelder Appell“ und die machtvollen Demonstrationen im Bonner Hofgarten verbunden. Mit ihm verbinden sich unsere Erfolge in der Gewerkschafts- und Betriebsarbeit, unser damaliger recht großer Einfluss unter der Arbeiterjugend, an den Schulen, Hochschulen und unter Kulturschaffenden. Mit ihm sind auch die damaligen deutlichen Impulse für die Wiederbelebung einer kämpferischen Frauenbewegung verbunden.

Nur wo viel Licht ist, kann es auch Schatten geben. Herbert, wie wir alle - wurde überrumpelt von dem betrügerischen Kurswechsel der Führung der UdSSR. Sie opferte die sozialistische DDR auf dem Altar eines unmoralischen, unwürdigen Kompromisses mit dem BRD-Imperialismus. Sie beging schließlich den schändlichen Verrat an den Lehren und Erfolgen der Oktoberrevolution, des Aufbaus des Sozialismus und des heroischen Kampfes gegen den Faschismus unter der bolschewistischen Führung und der Nachfolgeschaft Lenins.

Herbert war stolz darauf, dass wir ihn nicht vergessen hatten und ihn zu einem begeisternden Meeting zum 60. Jahrestag des KPD-Verbots nach Karlsruhe einluden. Dort brachte er, wie Patrik Köbele sagte, „den Saal zum Rocken“. Das war ein würdiger und ihn mit Stolz erfüllender offizieller Abschied von seiner Partei, die ihm auch weiter ein ehrendes Gedenken schuldig bleibt.

Rolf („Rolli“) Priemer, Rheinland-Westfalen

Auch Rolli bleibt eine für uns historische Figur. Als Mitglied der Partei seit 1961, als Gründungsvorsitzender der SDAJ, als Vorsitzender des Bezirks Saar, als Mitglied des Präsidiums, als langjähriges Mitglied des Sprecherrats bzw. als stellvertretender Vorsitzender und Chefredakteur der „uz“ hat er wie kaum ein Zweiter den Kampf um den Erhalt der DKP nach 1989 geführt.

Robert Steigerwald, Hessen

Robert, der so viele Generationen als Lehrer, Ideologe, Theoretiker und Agitator geprägt hat. Robert, der vielen der jetzigen Führung und auch mir persönlich über lange Jahre väterlicher Freund und politischer Berater bis zuletzt war. Robert, der die ideologische und organisatorische Einheit als Grundlage und Bedingung auch für die unumgängliche Einheit in der Aktion ansah.

Heinz Keßler, Berlin

Heinz, der als junger Soldat der Hitlerwehrmacht auf die Seite der Roten Armee wechselte, der beginnend als Mitbegründer der FDJ in der DDR, in den Organen und in den höchsten Funktionen der Nationalen Volksarmee den Aufbau der DDR beschützte. Heinz, der nach 1989 in die Reihen der DKP eintrat und auf vielen Veranstaltungen bis in seinen letzten Lebenswochen als Lehrer der Jugend Mut machte und für die Stärkung der DKP alle seine Kräfte einsetzte.

Gestattet mir, dass ich die folgenden zu ehrenden Genossinnen und Genossen nur noch namentlich erwähnen. Wir ehren:

Günter Judick, Rheinland-Westfalen
Christian Koberg, Schleswig-Holstein
Klaus Steiniger, Berlin
Hubert Kuschnik, Rheinland-Westfalen
Heinz W. Hammer, Ruhr-Westfalen
Hermann Sittner, Ruhr-Westfalen
Marcel de Jong, Rheinland-Westfalen
Hans Giersiepen, Rheinland-Westfalen
Eckart Spoo, Niedersachsen
Stephan Krützner, Sachsen
Klaus Huhn, Berlin
Hans-Günter Szalkiewicz, Berlin
Franz Hertel, Saarland
Ulrich Strohecker, Nordbayern
Henny Dreifuß, Rheinland-Westfalen
Kurt Schacht, Hamburg
Gerda Mies, Baden-Württemberg
Annemarie Steigerwald, Hessen

Und vor drei Tagen verstarb Otto Heech, Wuppertal.

Alle diese Genossinnen und Genossen haben sich in besonderer Weise für unsere Partei und die Arbeiterklasse unseres Landes und die internationale kommunistische Bewegung verdient gemacht. Wir ehren sie, indem wir uns zu ihrem Gedenken erheben und ihnen versprechen, dass wir in ihrem Sinne weiterkämpfen und die Kommunistische Partei erhalten und stärken werden. Wir werden ihr Werk fortsetzen.

Nun habe ich die Ehre und Freude, eine Reihe von Gästen des Parteitages begrüßen zu dürfen:

Dr. Ulrich Schneider, Bundessprecher der VVN/BdA
Jan Meier, Bundesvorsitzender der SDAJ
Klaus Hartmann, Vorsitzender des Deutschen Freidenker Verband
Dr. Arnold Schölzel, Vorsitzender des Rotfuchs-Vereins
Andreas Hüllinghorst, Verlag 8. Mai
Hans Bauer, Gesellschaft für rechtliche und humanitäre Unterstützung
Angela Tietze, DDR-Kabinett
Hans Brenner, Kommunistische Arbeiter Zeitung
Brigitte Kabeck, Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden

Es sind zahlreiche Grußschreiben aus dem In- und Ausland eingetroffen. Ich erwähne stellvertretend nur das Schreiben des DGB Hessen.

22. Parteitag der DKP 2. – 4. März 2018, Frankfurt am Main

(Unkorrigiertes Manuskript. Es gilt das gesprochene Wort.)

Zu aktuellen Entwicklungen des Imperialismus, der Strategie der KommunistInnen und den Aufgaben der DKP heute

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

am Sonntag soll das Ergebnis der Abstimmung der SPD-Mitglieder zur Koalitionsvereinbarung bekannt gegeben werden. Man stritt sich, ob dieser Entwurf nun genug SPD-Handschrift enthalte oder nicht. Wir wissen nicht, wie das Ergebnis sein wird. Was wir wissen ist, dass der Entwurf eine Handschrift trägt, nämlich die des deutschen Imperialismus. Wir haben öffentlich erklärt, dass wer eine Sozialdemokratisierung der SPD will, natürlich mit einer Nein-Stimme beginnen, dabei aber nicht stehen bleiben darf. Vor allem die Jusos hatten ja damit geworben, dass man in die SPD eintreten solle, wenn man die Große Koalition verhindern will.

Wir antworten, wer die Politik des deutschen Imperialismus, eine Politik, die auf Krieg, auf Ausblutung ganzer Völker, auf die Spaltung der Ausgebeuteten, auf Ausbeutung setzt, wer diese Politik bekämpfen will, und zwar in welcher Regierungskonstellation sie sich abbildet - wer an die Ursachen dieser Politik ran will, der ist bei der SPD falsch, der gehört zu uns, zur Deutschen Kommunistischen Partei.

Worauf orientiert dieser Koalitionsvertrag, was sind offensichtlich die strategischen Grundlinien des Monopolkapitals und seiner Regierung für die nächsten Jahre.

Erstens: Fortführung der aggressiven militärischen Politik nach außen, mit der Ausprägung NATO-Integration, Aufrüstung der Europäischen Union unter deutsch-französischer Führung, drastische Erhöhung der Rüstungsausgaben.

Zweitens: Fortführung der aggressiven Exportorientierung zur ökonomischen Ausblutung unter anderem der Peripherie der EU.

Drittens: Fortführung einer Politik des Demokratieabbaus und der Militarisierung nach innen.

Viertens: Einbindung von Teilen der Arbeiterklasse, der Intelligenz und des Bürgertums in diese Politik. Dazu kleine Zugeständnisse, das ist die sogenannte SPD-Handschrift. Sie wirkt bereits vor allem in die Gewerkschaftsapparate hinein.

Fünftens: Spaltung der Klasse durch Ausgrenzung, Deregulierung, Erhöhung der Konkurrenz in der Klasse, Nationalismus und Rassismus,

Die Situation der Klasse ist einerseits durch eine vielfältige Spaltung durch objektive Faktoren wie Lebensstandard, Qualifikation, Ausgrenzung, Bedrohung der sozialen Situation etc. gekennzeichnet. Andererseits ist aber die Spaltung durch subjektive Faktoren, wie Standortlogik, Sozialpartnerschaft, Perspektivangst, Nationalismus, Rassismus nicht geringer.

Die für die Meinungsbildung in den Gewerkschaften entscheidenden Teile der Arbeiterklasse sind weitgehend in den Konsens mit der herrschenden Klasse, mit dem Monopolkapital eingebunden.

Die Arbeiterbewegung unseres Landes steckt tief in der Defensive, ist vielfach fragmentiert und gespalten. Das hat sich noch verschärft. Die Flucht wurde ausgenutzt, um die Konkurrenz unter den Ausgebeuteten zu verschärfen, und die Konkurrenz wird genutzt, um Nationalismus und Rassismus zu schüren. Trotzdem waren und sind vor allem zwei Kämpfe der vergangenen Monate Hoffnungsschimmer.

Das eine ist der Kampf um Personalbemessung im Gesundheitswesen, das andere ist der Kampf um Arbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie.

Sie zeigen über den Abwehrkampf eine offensive Stoßrichtung, weil sie die Bedürfnisse und Interessen der Beschäftigten, der Betroffenen zum Ausgangspunkt der Forderung machen. Es geht jetzt darum die weitere Unterstützung des Kampfes um die Personalbemessung zu organisieren und es geht jetzt, auch nach den Abschlüssen in der Metallindustrie, darum, die Debatte um die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich weiterzuführen und in die Einzelgewerkschaften zu verbreiten. Wenn wir diese beiden Auseinandersetzungen hervorheben, heißt das nicht, die Kämpfe um Löhne und Gehälter, gegen den Abbau von Arbeitsplätzen, gegen Standortschließungen gering zu schätzen.

Es wird auch weiter unsere Aufgabe sein müssen, jeden Ansatz der Interessenvertretung der Arbeiterklasse aufzugreifen und Kolleginnen und Kollegen zum Kampf für ihre Interessen zu motivieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Berichterstattung über Ghuta, also die östlichen Vororte von Damaskus, war bezeichnend. Assad, die Russen, der Iran und die Hisbollah würden ein Massaker veranstalten. „Der Russe“ blockiert im Weltsicherheitsrat den Waffenstillstand. Sehr einfach, sehr heuchlerisch machen es sich Trump, die Bundesregierung und die meisten Medien. Bei dieser Rebellenhochburg handelt es sich immerhin um die Basis für Angriffe auf die syrische Hauptstadt. In Ghuta sitzt die Nusra-Front, die immer und überall die Zivilbevölkerung als Geisel und Schutzschild nimmt, und beschießt Damaskus mit Mörsergranaten und Raketen – auch das führt täglich zu Toten, darüber wird nicht berichtet. Die Berichterstattung basiert in der Regel auf Berichten der sogenannten „Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte“, die seit Beginn des Krieges nur die Aufgabe hatte, die imperialistische Strategie zur Zerschlagung Syriens abzusichern. Und entscheidend ist: Was heute in Ghuta passiert, das hat doch seine Ursache im Krieg gegen Syrien, den die Imperialisten vom Zaun gebrochen haben, und die Nusra-Front, wie der IS überhaupt, das sind doch Ergebnisse dieser Politik.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich glaube, es war beim letzten Parteitag. Ein Genosse kritisierte mich - und er hatte recht. Die Kritik richtete sich gegen die Formulierung der „wachsenden Kriegsgefahr“. Der Genosse hatte recht, es ist Krieg, offen und direkt an vielen Stellen der Welt, in Syrien, in Afghanistan, im Irak, in mehreren Regionen Afrikas. Krieg gegen Flüchtlinge wird auf dem Mittelmeer geführt, in Libyen. Noch sind die Metropolen von offenen militärischen Auseinandersetzungen weitgehend verschont, aber das, was die Herrschenden Terror nennen, ist doch nichts anderes als die Fortsetzung ihrer Kriege mit anderen Mitteln und ja, auch diese Form trifft, wie ihre offenen Kriege, in der Regel nicht die Herrschenden, sondern die Beherrschten. In Korea haben wir es mit einem brüchigen Waffenstillstand zu tun. Der US-Imperialismus eskaliert regelmäßig die Situation.

Die NATO treibt ihre Osterweiterung voran. Die führenden Imperialisten umzingeln die Russische Föderation und die VR China. Das ist alles weit mehr als Spiel mit dem Feuer, das ist die permanente Gefahr der Eskalation zum Flächenbrand. Aktuell sicher am akutesten in Afrin, in Syrien. Dort geht es ja beileibe nicht nur um einen völkerrechtswidrigen Krieg der Türkei gegen die Kurden. Es geht um den Einmarsch in und die Bombardierung des syrischen Staatsgebiets durch das NATO-Land Türkei, es geht um die Gefahr des Bündnisfalls, wenn es zu einer direkten Konfrontation der Türkei mit Russland kommt. Wo liegt die Hoffnung, dass dieses

gefährliche Abenteuer der Türkei beendet werden kann? Sie liegt nicht bei der NATO und dem US-Imperialismus, deren Strategie die Zerstörung der territorialen Integrität Syriens ist. Denn Syrien, das ist für sie der Weg zum Iran, und der Iran, das ist der Weg zur weiteren Umzingelung Russlands und der VR China. Die Hoffnung liegt nicht beim Deutschen und beim französischen Imperialismus. Deutschland exportiert Waffen, kungelt mit der Türkei, Frankreich und Deutschland buhlen um ihren Platz in der NATO. Die Hoffnungen liegen auf dem klugen Agieren Russlands, auf dem Agieren des syrischen Staates und auf der wachsenden Einsicht der kurdischen Kräfte, dass eine Autonomie nur im Rahmen der territorialen Einheit Syriens und eben nicht in einem Bündnis mit dem US-Imperialismus zu erreichen ist.

Dabei dürfen wir keinesfalls die kriegstreiberische Politik Israels unterschätzen. Auch Israel hat genauso wie die USA völkerrechtswidrig Syrien überfallen und droht unverhohlen gegenüber dem Iran. Und wir sollten nicht die reaktionären arabischen Regime wie Saudi-Arabien vergessen, die im Jemen Krieg führen und de facto bereits ein Bündnis mit Israel eingegangen sind. Hier konnte uns die Rundreise unseres Genossen Adel, des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Israels, viel Klarheit und Einsicht vermitteln. Danke nochmal an die israelischen Genossen – durch euer Engagement ist uns nochmal mehr klar geworden, dass der Kampf gegen die Kriegspolitik Israels und den aggressiven, imperialistischen Zionismus nichts mit Antisemitismus zu tun hat, wir bekämpfen beides – Solidarität mit dem palästinensischen Volk und den Friedenskräften in Israel!

Ein Zitat: „Die Frage des Friedens ist die aktuellste, die alle bewegende Frage der Gegenwart. Über diese Frage ist viel gesprochen und geschrieben worden, und Sie alle haben sie wahrscheinlich nicht wenig erörtert. Gestatten Sie mir deshalb, die Deklaration zu verlesen, die die von Ihnen gewählte Regierung zu erlassen haben wird.“

Dekret über den Frieden

Die Arbeiter-und-Bauern-Regierung, (...) schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden aufzunehmen.

Ein gerechter und demokratischer Frieden, wie ihn die überwältigende Mehrheit der durch den Krieg erschöpften, gepeinigten und gemarterten Klassen der Arbeiter und Werktätigen aller kriegführenden Länder ersehnt, ein Frieden, wie ihn die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturz der Zarenmonarchie auf das Entschiedenste und beharrlichste gefordert haben, ein solcher

Frieden ist nach der Auffassung der Regierung ein sofortiger Frieden ohne Annexionen (...) und ohne Kontributionen.

Die Regierung Russlands schlägt allen kriegsführenden Völkern vor, unverzüglich einen solchen Frieden zu schließen (...)

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr wisst es natürlich, dieses Zitat ist von Lenin, es ist die Verkündung des ersten Dekrets der jungen Sowjetmacht. Auch Wikipedia kommt nicht umhin festzustellen, dass „dieses Dekret als erstes von einem staatlichen Organ verfasstes Dokument überhaupt gilt, welches Krieg als Mittel zur Lösung von Konflikten verurteilt“. Zufall? Nein, Notwendigkeit. Natürlich diskutieren wir zu Recht immer wieder über die Frage, welche unserer Fehler die Konterrevolution ermöglichten, wir sollten aber die andere Seite nicht vergessen, welche historischen Fortschritte unsere Siege der Menschheit ermöglichten.

Wir sollten auch nicht vergessen, was wir andersherum aus dem vorläufigen Sieg des Imperialismus lernen können. Wir wissen heute besser denn je, dass jegliche Illusion in den Imperialismus falsch ist. Kapitalismus, Krise, Krieg ist ein Zyklus, der innerhalb des Kapitalismus nur durch Friedenskampf, durch Klassenkampf unterbrochen, aber nicht aufgehoben werden kann. Noch viel mehr gilt das für das monopolistische Stadium des Kapitalismus, den Imperialismus. Es gibt keine Friedensfähigkeit des Imperialismus, die Abwesenheit von Krieg kann nur durch die Veränderung des Kräfteverhältnisses zu Gunsten der Friedenskräfte erzwungen werden.

Heute nehmen selbst die Spannungen unter den Imperialisten zu.

Die NATO ist für den deutschen Imperialismus derzeit und auf längere Sicht unverzichtbar. Die NATO ist das Instrument, mit dem die gemeinsame Strategie der Imperialisten, die Umzingelung Russlands und der VR China, umgesetzt wird. Die NATO ist der Platz, auf dem die innerimperialistischen Konflikte „zivilisiert“ ausgetragen werden. Dafür ist die Vorherrschaft des US-Imperialismus zu akzeptieren, die sich auch aus der gewaltigen Überlegenheit der Rüstungsausgaben ergibt. Der Rüstungshaushalt der USA lag 2016 bei 611 Milliarden US-Dollar, das entspricht knapp 500 Milliarden Euro.

Nimmt man alle NATO-Staaten zusammen, so haben sie, nach offiziellen Angaben, gemeinsam Rüstungsausgaben in einer Größenordnung von 921 Milliarden US-Dollar. Die VR China gibt 215,7 Milliarden US-Dollar für Rüstung, die Russische Föderation 69,2 Milliarden US-Dollar aus. Zusammen sind das 31 Prozent des Rüstungshaushalts der NATO-Staaten und knapp 43 Prozent des

Rüstungshaushalts der USA. Das macht Dimensionen deutlich.

Natürlich setzt der deutsche Imperialismus seinen Kurs fort, eigenständig eine größere Rolle, auch in Konkurrenz zum US-Imperialismus, zu spielen. Dazu gehört auch das „Lernen“ im Rahmen der NATO und das „Lernen“ militärischer Fähigkeiten im Rahmen von Auslandseinsätzen. Ein neuer Schwerpunkt ist hier Afrika.

Das wurde zuletzt auch auf der sogenannten Sicherheitskonferenz in München deutlich: Die französische Kriegsministerin Parly formulierte drastisch: „Der Machtschwerpunkt liegt heute nicht in liberaler Demokratie. Das Risiko einer globalen Konfrontation nimmt zu.“¹ Die Ministerin des Sunnyboys Macron weiter: „Der Erfolg eines Europas der Verteidigung kommt von weiteren Missionen und Einsätzen.“²

Die deutsche Kriegsministerin gab sich moderater. Aber kurz nach der Siko: Im Winter alle deutschen U-Boote kaputt, Tornados fliegen nicht. Keine Zelte, wenn es gegen Osten geht. Der Wehrbeauftragte von der SPD springt sofort zur Seite: Zu wenig Offiziere, zehntausende Stellen nicht besetzt, Soldaten frustriert, Aufrüstung und Geld muss her – sie schießen die Bevölkerung reif für die Umsetzung der NATO-Forderung der 2 Prozent, denn „der Russe“ steht ja quasi vor der Tür und der Chinese unterwandert die Ökonomie. Selbst die Heute-Show geht ihnen auf den Leim.

Wie lässt sich die Strategie der Imperialisten und des deutschen Imperialismus verallgemeinern, wo liegen die Achillesfersen?

Die gemeinsame Strategie der Imperialisten liegt vor allem in der Umzingelung der möglichen aufstrebenden Konkurrenten, der Russischen Föderation und der VR China, sowie in der erzwungenen Unterordnung, gegebenenfalls Zerschlagung von Staaten, die gegen ihre Funktion als Vasallenstaaten des Imperialismus aufbegehren. Gemeinsames Ziel der Imperialisten ist dafür die Stärkung der NATO, ihre räumliche Ausdehnung, vor allem wiederum gegenüber Russland.

Neben der militärischen Ebene gibt es natürlich die ökonomische. Hier wird durchaus erkannt, dass die Situation der US-Ökonomie fragil ist und die Dominanz stark dadurch geprägt ist, dass mit dem Dollar als vorherrschender Währung des sogenannten Weltmarkts andere Ökonomien für die Stabilisierung der US-Ökonomie bluten müssen. Das ist dadurch natürlich auch ein Feld des Konkurrenzkampfes.

Mit der EU und der ökonomischen Führungsrolle hat der deutsche Imperialismus sich ein Hinter-

¹NRZ, 17.2.2018

²dito

land für den ökonomischen Kampf zwischen den Imperialismen geschaffen. Dieser Führungsanspruch ist umkämpft, der französische Imperialismus ist ökonomisch schwächer, wirft aber politisch seine Rüstungsausgaben und seine Atomwaffen in die Waagschale. Die EU selbst ist durch den Austritt Großbritanniens, das sich möglicherweise stärker wieder am US-Imperialismus orientieren wird, geschwächt, PESCO soll nun aber die militärische Stärke schneller herbeiführen, natürlich unter deutscher Führung.

Das geht nicht ohne eigene Investitionen, Hochrüstung ist dafür nötig, die NATO-Vorgabe der 2 Prozent des BIP, also die schnelle Steigerung um 20 Milliarden Euro und die faktische Verdoppelung der Rüstungsausgaben bis 2025 muss her.

Dafür muss die Bevölkerung weichgekocht werden, dazu gehört die Bundeswehrwerbung, dazu gehört vor allem aber die Russophobie und die Propaganda von der kampfunfähigen Bundeswehr, anknüpfend an die Nazi-Propaganda vom Scheitern am russischen Winter. Wer nicht für Hochrüstung ist, der stößt „unseren Jungens und Mädels“, die uns an der russischen Grenze vor Doping und Putin schützen, den Dolch in den Rücken.

Dafür muss man das Volk, Teile der Arbeiterklasse einbinden. Sie müssen glauben, dass sie gemeinsam mit den Herrschenden etwas zu verteidigen haben, vor den Flüchtlingen, dem Russen, dem Chinesen – ein bisschen auch vor Trump. Zusätzlich hat man, auch für diejenigen, die man komplett ausgegrenzt hat, die Spaltung, Nationalismus und Rassismus. Zu dieser Einbindung von Teilen der Klasse gehört auch der wachsende Militarismus.

Bundeswehrwerbung, die noch nicht mal den Eindruck von Friedlichkeit erwecken will – sie bleibt viel zu oft hängen, runter damit.

Und wir, die Friedensbewegung, hilflos einem übermächtigen Gegner ausgeliefert. Und wir, die Arbeiterbewegung, gespalten, integriert in die aggressive Strategie des Imperialismus und des deutschen Imperialismus. Das wäre zu einfach, defätistisch und Kommunisten unwürdig, auch, weil es einfach nicht stimmt.

Mit ihrer Russophobie kommen sie, vor allem auch im Osten, nicht durch – diese Schlichtheit fällt vielen auf.

Die NATO als Friedensengel – das glaubt auch kaum einer.

Mehr Rüstung, Verdoppelung des Rüstungshaushalts, das kommt nicht an – da muss man schon eine Große Koalition aus SPD, CDU und AfD vorschicken, die wenigen noch friedensbewegten Grünen bekommt man mit Menschenrechte

eingefangen, aber die Mehrheit der Menschen hat man nicht.

Atomwaffen in Deutschland – das finden die meisten nicht toll, zu wenige wissen aber darüber Bescheid.

Es ist den Herrschenden noch nicht gelungen, die Massen in ihr Konzept einzubinden. Sie erkennen ihre Schwachstellen, das bemerkt man an ihrer Propaganda. Wir müssen umgekehrt bestimmen, an welchen Punkten ist ihre Gesamtstrategie am empfindlichsten, wo ist das schwächste Glied, um möglicherweise die gesamte Strategie des deutschen aber auch des internationalen Imperialismus zu gefährden.

Aus unserer Sicht ist es das NATO-Ziel der Erhöhung des Rüstungshaushalts auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und die NATO-Mitgliedschaft des deutschen Imperialismus selbst. Warum?

Der Kampf gegen die 2 Prozent richtet sich sowohl gegen die „Ökonomie“ der NATO insgesamt als auch gegen die Ansprüche des deutschen Imperialismus auf wachsenden Einfluss – sehr gut, lasst es uns tun!!

Der Kampf gegen die 2 Prozent macht deutlich, jeder Euro mehr für Rüstung und Krieg, verstärkt die Fluchtbewegung, verschärft die Armut – nützt nur dem Monopolkapital und dem Militärisch-Industriellen Komplex – genau, lasst uns das verbreiten.

2 Prozent bedeutet mehr Rüstung, mehr Krieg – das müssen wir laut und deutlich sagen.

Aus diesem Grund schlagen wir vor den Kampf um die Gewinnung von Unterschriften unter den Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ zu einem zentralen Punkt unserer Aktionstätigkeit zu machen. In diesen Aktivitäten informieren wir immer über die NATO-Osterweiterung, wir fordern „NATO weg von der russischen Grenze“, „Frieden mit Russland“, „Raus aus der NATO“.

Wer sind die mobilisierbaren Gegenkräfte, wer ist der Gegner?

Wer hat ein Interesse an dieser Hochrüstungspolitik, an der NATO-Integration, an der Militarisierung der EU unter deutscher Führung, an der Entwicklung neuer Waffentechnologien?

Interesse daran hat der militärisch-industrielle Komplex, also die Rüstungsindustrie, das Militär, die militär- und rüstungsindustriennahe Politik, militärnahe Forschung und die Träger militärnahe öffentlicher Infrastruktur – klar, sie leben ja davon.

Interesse daran hat das Monopolkapital, weil seine Interessen aufs Engste verbunden sind mit der Stärke des deutschen Imperialismus, und dazu gehört die militärische Stärke und dafür auch

die NATO-Integration. Hier kann es zwar mal Risse geben. Als Beispiel sei Siemens-Chef Kaesers kurzfristiges Ausreißen in der Russland-Politik stehen. Es ist aber Aufgabe des Staates als ideeller Gesamtkapitalist, diese Risse zu kitten und natürlich erkennt das Monopolkapital dann den vereinheitlichten Willen der herrschenden Klasse als „Primat der Politik“ wieder an. Mehr als kurzfristige Risse sind im Monopolkapital nicht zu erwarten. Die muss man nutzen ohne sich Illusionen zu machen. Das Monopolkapital kann genauso wenig friedensfähig werden wie der Imperialismus selbst. Es gibt nur eine Maßnahme, die Friedlichkeit des Monopolkapitals zu erzwingen, das ist seine Enteignung.

Andere Teile der Bevölkerung haben objektiv kein Interesse an solch einer kriegstreiberischen Politik. Ihnen wird aber vorgegaukelt, dass diese Politik in ihrem Interesse läge, sie sollen also subjektiv gewonnen werden bzw. werden es.

Das ist natürlich zuvorderst die Arbeiterklasse, deren Klasseninteressen in völligem Widerspruch zu dieser Kriegspolitik stehen.

Aber nicht nur die Arbeiterklasse hat objektiv kein Interesse an dieser Kriegspolitik. Auch die Intelligenz, die Bauern, die Mittelschichten, kleinen Gewerbetreibenden stehen objektiv in einem Interessenwiderspruch dazu, sie sind objektiv für den Friedenskampf gewinnbar. Sie zu gewinnen muss zentrales Anliegen der Bündnispolitik der Arbeiterklasse sein. Erst durch dieses Bündnis ist ein Kräfteverhältnis vorstellbar, das eine Minderung der Aggressivität des deutschen Imperialismus erzwingen kann.

Solch eine Bündnispolitik der Arbeiterklasse kann umso besser gelingen, je mehr die Arbeiterklasse Einigkeit, dadurch Stärke, dafür Aktionsfähigkeit ausstrahlt. Deswegen wird diese Bündnispolitik in dem Maße realistischer, möglicher, je besser es um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse steht.

Dabei dürfen wir natürlich an Aktionseinheitspolitik, also der Bündnispolitik im Rahmen der Klasse und die Bündnispolitik mit anderen Klassen und Schichten, weder schematisch noch seriell rangehen. Unsere Aufgabe ist es um beides zu ringen und dabei ein Höchstmaß an Dialektik in der Praxis umzusetzen. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Arbeit in den Gewerkschaften zu. Sie sind die größte Organisation der Interessenvertretung im Maßstab der Klasse und sie sind der Ort, an dem gerade in der Friedensfrage die Politisierung der Interessensvertretung stattfinden kann.

Der Friedenskampf ist also ein typisches Beispiel der zwingenden Notwendigkeit einer antimonopolistischen Bündnispolitik, aber auch der Notwendigkeit einer antimonopolistischen Strategie,

einer Stoßrichtung gegen die aggressivsten Teile des Kapitals, gegen das Monopolkapital und den militärisch-industriellen Komplex. Ist das Klassenkampf? Natürlich ist das Klassenkampf. Ist das antiimperialistischer Kampf? Natürlich ist er das. Ich gehe so weit zu sagen, der anti-monopolistische Kampf ist der Antiimperialismus der imperialistischen Metropolen.

Die wachsende Aggressivität des deutschen Imperialismus nach außen und innen, zeigt sich im Militarismus, in den ideologischen Komponenten des Nationalismus, sie zeigt sich im Rassismus. Sie zeigt sich aber auch im Demokratieabbau oder der Aufstandsbekämpfung ohne Aufstand, wie die polizeistaatlichen Maßnahmen rund um den G20-Gipfel zu Recht genannt wurden.

Was in Hamburg passierte war eine neue Qualität, und eine neue Qualität haben auch die Entwicklungen in der Justiz, die wir beobachten: Ihr Charakter als Klassenjustiz tritt immer mehr offen zu Tage. Das ist spürbar in Hamburg, aber auch an den Urteilen der Justiz gegen Düsseldorfer Antifaschisten – ihnen gilt unsere Solidarität. Zum Thema Demokratieabbau gehört natürlich auch das Thema der Überwachung. Hier muss man doch sagen, dass das Orwellsche 1984 zwar auf schleichenden Sohlen gekommen ist, aber eigentlich von der Realität schon überholt wird. Videoüberwachung, natürlich zur Erhöhung der Sicherheit, ist längst vorhanden, niemand regt sich auf. Ich erinnere mich noch daran, wie wir uns am Boykott der Volkszählung in den 80ern beteiligten. Das Vielfache an Daten geben die meisten heute freiwillig in sozialen Netzen, mit Payback-Karten oder anderem her. Schlimm ist dabei die Naivität. „Ich habe doch nichts zu verbergen“.

Überhaupt Geheimdienste. Unsere Freundin Silvia Gingold wird weiter verfolgt, neue Argumente, sie hat an einer Veranstaltung zum Geburtstag von Karl Marx teilgenommen und dort die SDAJ gewürdigt. Silvia – unsere Solidarität gehört dir. Diese Spitzel agieren gegen die Verfassung und sie schützen Verbrecher und Faschisten. Dass der Verfassungsschutz tief in die Mordserie des NSU verstrickt ist, ist offensichtlich, mit „dubios“ sind aber die Verstrickungen in den Fall Anis Amri unterbewertet. Nimmt man dies zusammen mit der Frage, wem solche Anschläge wie der Berliner nützen, dann ist man doch schnell wieder beim alten Lied von Hannes Wader, dass Terror und Staat von einem Teller essen und gemeinsam Leichen im Keller haben. Und natürlich wird das Ganze zum Abbau von Demokratie, von Bürgerrechten genutzt. Die Einführung des Status „Gefährder“ ist doch nichts anderes als eine Bestrafung ohne Beweise. Auch in der Demokratiefrage haben wir es mit einer antimonopolistischen Bündnissituation zu tun.

Wer hat ein Interesse an Demokratieabbau, am autoritären Staat, am tiefen Staat? Das ist doch das Monopolkapital und das sind die Spitzen der Repressionsorgane des Klassegegners, das sind die Agenturen des Militarismus.

Arbeiterklasse, Bürgertum, Intelligenz haben kein objektives Interesse am Abbau von Demokratie und Bürgerrechten, obwohl man es ihnen vorgaukelt und viele dafür gewinnt gegen die eigenen Interessen zu agieren, z. B. dadurch, dass man Ausgebeutete aufeinanderhetzt und dann nach Sicherheit schreit. Man etabliert eine Hierarchie, man etabliert Neid und Missgunst unter den Ausgebeuteten. Der Angestellte fühlt sich als was Besseres als der Arbeiter oder hat Angst abzusinken. Der Arbeiter sieht das Problem des Leiharbeiters oder des Scheinselbstständigen mit Werkvertrag. Der befristet Beschäftigte weiß nicht, was nach der Befristung kommt, besser ruhig bleiben für die nächste Befristung – sonst ein Jahr ALG 1 und dann Hartz IV. Ich bin aber zumindest Deutscher, die Migranten gehen ja noch, aber die Flüchtlinge. Unter den Migranten und Flüchtlingen – Hierarchie, gespalten in Bleiberecht, Duldung und drohende Abschiebung, gespalten nach Nationalitäten – oben die sogenannten integrierten Türken, Migranten aus EU-Ländern, solange die nicht auf dem Balkan liegen, unten die Libanesen, Sinti und Roma. Das wirkt, befördert den Rückzug in die Community, fördert Spaltung. Jedes Verbrechen, jeder Missstand, jedes soziale Problem wird doch heute, auch durch die Medien, ethnisiert, also an der Frage der Herkunft aufgehängt. Damit wird davon abgelenkt, dass es Armut, Ausgrenzung, Hartz-Gesetze schon vor der Zunahme von Flucht und Einwanderung gab. Für diese Spaltung, diesen Nationalismus und Rassismus hat man sich Truppen geschaffen. Die Nazis machen das mit brutaler Gewalt, Angst und Mord. Die „identitären“ Nazis verbrämen das intellektuell und für die Intellektuellen. Die AfD mit Stehkragen. Dazu gehören die Vorgänge um die Essener Tafel. Die „Süddeutsche“ titelt zu Recht: „Die Verteilungskämpfe haben begonnen.“ Natürlich ist das Verhalten der Tafel skandalös, aber es ist eine hilflose, rassistische Reaktion auf diese Verteilungskämpfe. Dagegen beziehen wir Stellung, aber wir lassen die Heuchler, die die Verteilungskämpfe verursachen, nicht außen vor.

Was dem entgegensetzen? Unsere Willkommenskultur heißt: Gemeinsam kämpfen. Diese richtige Losung haben wir inhaltlich gefüllt mit unserem Sofortprogramm. Das Sofortprogramm war richtig, ist richtig und bleibt richtig. Es ist das einzige Programm einer politischen Partei in diesem Land, das die Ursachen von Krieg, Flucht und Armut und ihre Verursacher benennt, das zeigt, wer von Krieg, Flucht und Armut profitiert und dass bei diesen

Profiteuren Geld da ist und geholt werden muss für Maßnahmen, die die Konkurrenz unter den Ausgebeuteten zurückdrängen, die vernünftig sind. Unser Sofortprogramm bleibt die Grundlinie für die notwendige Intensivierung der Abwehrkämpfe, bleibt die Grundlinie dafür, dass die Ausgebeuteten erkennen müssen, dass sie sich ihren Kopf nicht für die Standortlogik der Herrschenden, sondern für ihre eigenen Interessen zerbrechen müssen. Es ist die Grundlinie, um berechnete Perspektivangst von Massen nicht für die rassistische Spaltung der Massen missbrauchen, sondern zur Wut für den gemeinsamen Kampf werden zu lassen.

Wir wissen, dass die AfD genau diesen Rassismus befördern, von den Verursachern ablenken soll, darum bekämpfen wir die AfD. Aber nicht alle Wähler der AfD sind verlorene Rassisten, sie müssen wir überzeugen, ihre Angst und Wut nicht gegen die Opfer, sondern gegen die Verursacher von Krieg, Flucht und Armut zu richten. Das kam und kommt uns beim Aufruf „Aufstehen gegen Rassismus“ zu kurz, dort läuft er mit der bewussten Ausklammerung von Krieg und Agenda 2010 Gefahr, Rassismus zu einem individuellen Problem zu machen. Deshalb haben wir ihn nicht unterzeichnet – aber selbstverständlich sind wir im Kampf gegen Rassismus und Nationalismus dabei – auch und gerade um unsere Analyse, unsere Forderungen hineinzutragen.

Das gilt doch auch generell für unseren antifaschistischen Kampf. Auch hier wird, und das ist gut, intensiv diskutiert. Einig sind wir uns, denke ich, dass die Gefahr des Faschismus nicht von der Imperialismusanalyse getrennt werden kann und dass der Faschismus eine Variante der Herrschaft des Monopolkapitals ist. Es gibt keine zwingende Gesetzmäßigkeit, dass Imperialismus zum Faschismus führt, genauso wenig kann der Imperialismus aber antifaschistisch gemacht werden. Deswegen werden wir Kommunistinnen und Kommunisten immer über den Zusammenhang von Kapitalismus, Imperialismus und Faschismus informieren und dies als unsere Position in die antifaschistische Bewegung tragen. Für uns stellt es aber keineswegs eine Bedingung dar, dass andere Kräfte diese Position als die ihre betrachten, bevor wir mit ihnen zusammenarbeiten. Natürlich gibt es andere Zugänge und Analysen. Umgekehrt geht es aber auch nicht, dass man von uns verlangt, auf die Propagierung unserer Position zu verzichten. Und auch hier haben wir es doch mit einer typischen Ausgangssituation für antimonopolistische Bündnispolitik zu tun. Wer hat denn Interesse daran, notfalls die Karte des Faschismus zu spielen? Es sind auch heute die aggressivsten, am meisten imperialistischen Kräfte des Monopolkapitals. Wer wird sich ihnen im Zweifel

nicht entgegenstellen? Das ist das Monopolkapital in der Gesamtheit. Natürlich wollen sie notfalls dafür eine Massenbasis, buhlen um das Bürgertum, die Intelligenz und Teile der Arbeiterklasse. Genau die gehören aber von der objektiven Interessenlage auf die andere Seite der Barrikade, sie sind umkämpft, um sie müssen wir kämpfen und das geht am besten mit einer klassenbewussten, kämpfenden Arbeiterklasse.

Auf Bundesebene ist nach wie vor die VVN/BdA unser wichtigster Bündnispartner und es ist gut und richtig, dass viele Genossinnen und Genossen Mitglied der VVN/BdA sind. Dabei dürfen wir nicht verkennen, dass die VVN/BdA eine Bündnisorganisation ist. Es wäre sektiererisch von ihr zu verlangen, unsere Analyse, Strategie und Taktik im antifaschistischen Kampf zu übernehmen, wie es umgekehrt falsch wäre, die Arbeit der VVN/BdA für den Ersatz der antifaschistischen Arbeit der DKP zu halten. Die Mitarbeit von Genossinnen und Genossen in der VVN/BdA ist Teil, aber nicht Ganzes unseres antifaschistischen Kampfes. Die Stärkung der VVN/BdA ist Teil, aber nicht Ganzes unserer antifaschistischen Arbeit. Teil unseres antifaschistischen Kampfes bleibt auch, dass wir uns als DKP, wenn möglich im Bündnis mit anderen, überall Rassisten, Nationalisten und Faschisten in den Weg stellen, wo sie auftreten, auch wenn sie sich tarnen, wie übermorgen, Sonntag, in Bottrop. Dort behaupten sie Frauenrechte zu verteidigen – Unsinn: Ihr seid Kriegstreiber, Spalter der Ausgebeuteten, Speichellecker der herrschenden Klasse. Faschismus ist keine Meinung - Faschismus ist ein Verbrechen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

kurz war die Hoffnung auf kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr. Der Essener Oberbürgermeister, er hätte sich doch eigentlich freuen müssen – nein, er war dagegen, Zitat: „Dann müssen das ja andere bezahlen.“ Stimmt, und wir hätten da ja einen Vorschlag: Wie wäre es mit den Automobil- und Energiekonzernen, die jahrzehntelang ihre Profite auf der Basis der Zerstörung der Umwelt gemacht haben? Auch in der Frage der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen sehen wir, wie recht Karl Marx hat: „Bei entsprechendem Profit wird Kapital kühn.“ „Für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“

Das wird heute perfektioniert. Man darf sich doch sicher sein, dass der Dieselskandal und die Stickoxidproblematik letztlich instrumentalisiert werden wird, um ein großes Subventionsprogramm für die deutsche Automobilindustrie aufzulegen, das die Massen

bezahlen. Genauso sicher kann man sich sein, dass das alles auch etwas mit der Konkurrenzsituation der deutschen und z.B. der US-amerikanischen Automobilindustrie zu tun hat.

Ja, auch der Kampf gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen lässt sich nicht vom Klassenkampf trennen, das sah man an der hektischen Reaktion von Öttinger auf den chinesischen Importstopp für Plastikmüll. War es vorher egal, man konnte ja die VR China als große Deponie missbrauchen, kam plötzlich Hektik auf. Diese Klassenkampfsituation, die steckt hinter den Polizeiknüppeln, die die Demonstranten im Hambacher Forst zu spüren bekamen, als der Umweltkatastrophe Braunkohle der Weg freigeknüpelt wurde. Das Zuckerbrot zur Peitsche erlebt dagegen der Steinkohlebergbau, der mit Konzert- und Theaterveranstaltungen endgültig zerschlagen wird, was natürlich, obwohl Braunkohle wesentlich schlimmer die Umwelt belastet, als umweltpolitisches Highlight gefeiert wird.

Auch in dieser Frage lässt sich aber sehr genau definieren, wer die Gegner sind, genauso, wie sich hier antimonopolistische Bündnismöglichkeiten ergeben. Wir wissen, wir haben auf diesem Feld in den letzten Jahrzehnten zu wenig gemacht, auch das wollen wir korrigieren und es schlägt sich im Leitantrag nieder.

Wir haben gerade die berühmte Fußnote aus dem Kapital zitiert und erleben ihre Bestätigung in der Friedensfrage, in der Umweltfrage, in der Frage der Flüchtlinge, der Ausbeutungsverhältnisse, der Armut, des Abbaus von Demokratie und sozialer Rechte. Die Realität bestätigt den Marxismus. Keiner, auch nicht die Herrschenden, ihre Politik, ihre Medien kommen an ihm vorbei. Plumpes Verschweigen, Verteufeln geht nicht, erst recht nicht im 200. Jahr seiner Geburt.

Deshalb ist ihre Strategie eine andere – sie tranchieren die Weltanschauung. „Ja, die ökonomische Analyse war ja mal richtig, aber der Klassenkampf.“ „Der junge Marx, der hatte ja recht, aber dann kam der plumpe Engels.“ „Philosophisch spannend, aber Sozialismus geht halt nicht, das ist gegen die menschliche Natur.“ „Wir haben ja gelernt, Sozialpartnerschaft statt Klassenkampf – hilft doch allen.“ „Marx und Engels, das waren kluge Köpfe, aber was dann der asiatische Despot Lenin daraus gemacht hat.“ Das alles werden wir hören, von den Sängern des Kapitals, den Ideologen des Imperialismus.

Dem setzen wir den ganzen Marx entgegen, seine Philosophie, seine Ökonomie, die Lehren vom Klassenkampf, der Notwendigkeit der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats, des Sozialismus/Kommunismus. Wir

werden dies gemeinsam mit der SDAJ und in seiner Geburtsstadt Trier tun. Wenn Genossinnen und Genossen, Gliederungen der Partei das Nutzen wollen für einen Ausflug in seine Geburtsstadt, dann ist die Orientierung auf den Samstag, den 5. Mai, sicher die richtige.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der 20. und der 21. Parteitag haben den Charakter unserer Partei als kommunistischer Partei, als marxistisch-leninistischer Partei bestätigt. Sie haben deutlich gemacht, wir sind kommunistische Partei, nicht Strömungspartei. Auf dieser Basis wollen wir heute und in den nächsten zwei Tagen unsere Strategie zur Überwindung des Kapitalismus zur Heranführung an die proletarische Revolution schärfen. Das ist nicht einfach, befindet sich doch die Arbeiterbewegung weltweit in der Defensive und das trifft in besonderem Maße auch auf unser Land zu. Aus dieser Defensive werden wir ohne die Veränderung des Kräfteverhältnisses nicht herauskommen und diese Defensive bedingt, dass wir es derzeit und in der kommenden Phase vor allem mit Abwehrkämpfen gegen die Angriffe der Herrschenden auf die sozialen und demokratischen Rechte, gegen Militarisierung, Hochrüstung und Kriegspolitik zu tun haben werden. Die Debatte, wie wir diese Kämpfe entwickeln, wie die Arbeiterbewegung aus dieser Defensive herauskommen, das Kräfteverhältnis verändern kann, haben wir mit der Debatte zum Leitantrag begonnen. Die Partei hat das aufgegriffen, dafür stehen die über 300 Änderungsanträge. Wir sind eine diskussionsfreudige Partei und wir werden das auch bleiben. Mit der Beschlussfassung des Leitantrags werden wir uns einen Zwischenstand geben, aber keinesfalls die Debatte beenden. Auch das, da bin ich mir sicher, wird dieser Parteitag mit seinen Beschlüssen deutlich machen.

An der Grundlinie des Leitantrags gab und gibt es ja erhebliche Kritik von „links“, die ähnlich ist wie die Kritik, die die DKP seit 1968 begleitete, aber eigentlich auch für die meisten programmatischen Dokumente der KPD nach 1945 gilt. Hauptpunkte der Kritik sind, die Konzeption, wie sie im Begriff der Wende zum Ausdruck kommt, sei illusionär, spätestens mit der erfolgreichen Konterrevolution in den europäischen sozialistischen Ländern. Eine zweite Kritik ist, dass wir eine illusionäre Bündnispolitik formulieren würden, wenn wir darauf orientieren, den Hauptstoß auf das Monopolkapital, also nur auf einen Teil der herrschenden Klasse, der Kapitalisten, richten. Die dritte Kritik richtet sich gegen Überlegungen der Heranführung an die proletarische Revolution, die davon ausgehen, dass in einer Phase der revolutionären Entwicklung das

Kräfteverhältnis gegen den strukturbestimmenden Teil der herrschenden Klasse, das Monopolkapital, verschoben ist und das an die Ergreifung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen nicht-kapitalistischen Klassen und Schichten heranführt, dabei kleine Gewerbetreibende, kleine Kapitalisten, Bürgertum mitreißt oder zumindest neutralisiert. Diese Kritik werden wir auch nach diesem Parteitag weiterdiskutieren, aber auch Fragen an die Kritiker. Beispielsweise:

- Stimmt unsere Einschätzung, dass die Arbeiterklasse, die Arbeiterbewegung in der Defensive ist, dass vorwiegend Abwehrkämpfe die kommende Phase bestimmen werden? Wenn ja, ist ein Weg zur proletarischen Revolution denkbar ohne diese Kräfteverhältnis zu verändern? Das aber genau meinen wir mit der Wende.
- Wenn der Hauptstoß nicht gegen das Monopolkapital als strukturbestimmenden Teil der herrschenden Klasse geführt werden soll, bedeutet das den Stoß gegen die gesamte Kapitalistenklasse zu führen? Wenn ja, warum und wie? Ist doch die Klassenrealität und Interessenssituation vieler kleiner Kapitalisten eine andere als die des Monopolkapitals.
- Wie sehen andere strategische Überlegungen aus, die heutigen Kämpfe mit der proletarischen Revolution zu verbinden?

Diese Debatten müssen wir führen und qualifizieren. Die Qualifizierung unserer Debatten verlangt dabei, dass wir uns immer und immer wieder die notwendigen Instrumente erkämpfen: Unsere marxistisch-leninistische Weltanschauung und das Eingreifen in die Auseinandersetzungen und Kämpfe, also Theorie und Praxis.

Unsere Bildungsarbeit muss besser werden, unsere Aktivitäten müssen mehr werden, die Partei muss stärker, d.h. vor allem unsere Verankerung in der Klasse muss besser, die Partei stärker werden. Damit wird sich Wera in ihrem Referat auseinandersetzen.

Weiterführung der Debatte, Stärkung der Partei heißt aber auch Überwindung der Fraktionsbildung. Wenn uns das nicht gelingt, dann werden wir de facto zur Strömungspartei. Ich wiederhole hier, was ich auf der LL-Veranstaltung dazu gesagt habe: „Die DKP hat sich 1968 nicht als Strömungspartei, sondern als kommunistische Partei gegründet. Wir alle sind nicht in eine Strömungspartei, nicht in eine pluralistische Partei, sondern bewusst in eine

kommunistische Partei eingetreten. Die DKP hat sich 1978 und 2006 Parteiprogramme erarbeitet, die nicht eine Strömungspartei definieren, sondern eine kommunistische Partei. Wir haben die Auseinandersetzung mit den Erneuerern und die Konterrevolution in den europäischen Ländern überlebt, nicht weil wir Strömungspartei wurden, sondern weil wir kommunistische Partei blieben.“

Unser Prinzip ist offene und breite Debatte in den Strukturen der Partei und gemeinsame Umsetzung der gefassten Beschlüsse. Beides bedingt sich und das eine geht nicht ohne das andere. Wer die offene Debatte in den Strukturen der Partei be- oder verhindert, gefährdet die Partei genauso wie derjenige, der das gemeinsame Handeln der Partei aufkündigt.

Deswegen hier kurz etwas zur Auflösung der Bezirksorganisation Südbayern und zum Antrag des Parteivorstands, die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft im sogenannten „Netzwerk kommunistische Politik in der DKP“ mit der Mitgliedschaft in der DKP zu erklären.

Zuerst: Es gab einen klaren Auftrag und Beschluss des 21. Parteitages. Der hatte beschlossen: „Die Bildung von eigenen Strukturen in der Partei und die Nichteinhaltung von Beschlüssen stellt eine Gefahr für die Handlungsfähigkeit und den Bestand der Partei dar. Der Parteitag fordert diese Genossinnen und Genossen auf, die Bildung eigener Strukturen zu unterlassen bzw. sich nicht an dem sogenannten ‚kommunistischen Netzwerk‘ in der DKP zu beteiligen (...).“ Das haben die Genossinnen und Genossen nicht getan, sie sind nicht bereit, einen Zeitplan für die Auflösung dieser Struktur festzuhalten. Dafür hatte aber der 21. Parteitag ebenfalls beschlossen: „Sollte weiterhin bewusst eine Strömung in unserer Partei organisiert werden, welche sich gegen demokratisch getroffene Beschlüsse (insbesondere des Parteitages) stellt, ist der PV aufgefordert, (...), diesen für die Arbeit der Partei und für ihr einheitliches Handeln schädlichen Zustand zu beenden.“

Den Zeitraum dafür definierte der Parteitag bis Ende des Jahres 2016. Wir haben jetzt Frühjahr 2018. Der Parteivorstand wird heute Abend kollektiv das letzte Gespräch mit den Genossinnen und Genossen des kommunistischen Netzwerks bewerten. Eine Bereitschaft einen Zeitplan zur Auflösung der Struktur zu benennen, gab es nicht. Damit stehen wir in völligem Widerspruch zum Beschluss des 21. Parteitages. Und der jetzige Parteitag muss entscheiden, ob er das hinnimmt, ob er es akzeptiert, dass Genossinnen und Genossen sich über solche Beschlüsse eines Parteitages hinwegsetzen. Auch darum geht es bei der

Entscheidung zum Antrag eines Unvereinbarkeitsbeschlusses.

Gehandelt hat der Parteivorstand gegenüber der Bezirksorganisation Südbayern, die seit dem 20. Parteitag wesentliche Ergebnisse von zwei Parteitagen nicht akzeptiert, wesentliche Beschlüsse nicht umgesetzt hat. Allerdings hat der Parteivorstand auch hier erst Mitte 2017 gehandelt. Der Parteivorstand beschloss, die Bezirksorganisation aufzulösen, dadurch wurde nicht ein Mitglied ausgeschlossen, betroffen war eine Gliederung, eine Struktur, die aufgehört hatte eine Struktur unserer Partei zu sein, weil sie dauerhaft nicht mehr bereit war, die Ergebnisse und Beschlüsse des höchsten Gremiums unserer Partei, des höchsten Organs unserer innerparteilichen Demokratie, des Parteitags, zu akzeptieren. Der PV, keines seiner Mitglieder hat sich das einfach gemacht, wir und ich selbst stehen zu diesem Beschluss, der dem Parteitag zur Bestätigung vorliegt. Nach diesem Beschluss gab es Austritte aus der Partei. Ich bedauere sie alle, ich sage aber auch, dass sie Ausdruck einer Entwicklung sind, in der sich Genossinnen und Genossen, die in der Vergangenheit große Verdienste um die Entwicklung der Partei hatten, sich von den Inhalten und den Prinzipien der Partei wegentwickelt hatten und nicht andersrum.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Zeitung der ganzen Partei, kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator, das ist sie, unsere UZ. Es war uns doch allen nicht wohl, als wir beim letzten Parteitag Nina verabschiedeten. Ja, wir waren sehr froh, dass Lucas sich bereit erklärte in die Bresche zu springen. Das hat er toll gemacht und wir danken ihm ganz herzlich. Noch viel toller, er hat die Verjüngung der Redaktion nicht nur eingeleitet, sondern in einem Maß vorangebracht, auf das wir zuvor nicht mal zu hoffen wagten. Dank gilt aber vor allem auch Lars, der von Lucas schneller als wir alle dachten den Staffelposten des Chefredakteurs übernehmen musste. Dank auch an den Verlag, der neue Wege gefunden hat, damit die Partei die UZ noch mehr und besser an die Leute und damit unsere Politik nach draußen bringen kann. Zu Recht konnten Melina und Lars deshalb bei der Moderation unserer LLL-Veranstaltung in Berlin sagen, wir sind Melina und Lars und wir kommen von eurer Lieblingszeitung, der UZ.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die SDAJ wird 50, unsere Freundschaft damit auch. Die letzten beiden Jahre brachten der SDAJ mit dem vergangenen Festival der Jugend einen großen Erfolg. Gleichzeitig und zum Teil verdeckt formierte sich eine linke Opposition, die eine radikale Verengung der SDAJ wollte, die die Situation in der DKP ausnutzen wollte, um die

Distanz zwischen SDAJ und DKP zu erhöhen. Sie organisierten einen koordinierten Austritt, der einige Gruppen, sogar Landesverbände, der SDAJ tief erschütterte. Unter den führenden Kräften waren auch Mitglieder der DKP, die dann auch die Partei verließen. Wir stehen in der Verantwortung zu helfen wo wir können und wir müssen selbstkritisch festhalten, dass wir bei dieser Hilfe noch Luft nach oben haben. Die SDAJ wird sich damit auf ihrem Bundeskongress in wenigen Wochen befassen. Sie wird aber vor allem auch deutlich machen, dass alle um die Überwindung dieser Situation arbeiten. Wir bedanken uns bei euch, liebe Genossinnen und Genossen der SDAJ, für euer Engagement, euren Kampf.

Liebe Genossinnen und Genossen,

eine Freundschaft über die 50 Jahre seit unserer Neukonstituierung, eigentlich sogar noch länger, verbindet uns mit den Marxistischen Blättern. Die MB strahlen als DKP-nahes theoretisches Organ weit über unser Spektrum hinaus aus. Wir bedanken uns bei Redaktion und Herausgeberkreis. Auch hier haben wir, was unsere Arbeit mit den MB angeht, noch Luft nach oben. Dies hat der PV mit einem Beschluss zur Zusammenarbeit vor wenigen Wochen noch einmal deutlich gemacht. Schnell realisierbare Synergien sehe ich hier vor allem mit der stärkeren Nutzung der MB bei der Entwicklung der Bildungsarbeit unserer Gruppen. Ähnliches gilt für die Marx-Engels-Stiftung. Die Genossinnen und Genossen organisieren wichtige Veranstaltungen, wir sollten dies viel mehr wahrnehmen, auch um dadurch unseren Dank für dieses Engagement zum Ausdruck zu bringen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist gut, dass es mit der „jungen Welt“ eine linksradikale Tageszeitung gibt, die uns freundschaftlich verbunden, solidarisch und offen ist. Die „junge Welt“ ist keine Zeitung der DKP, in ihr finden sich Artikel, mit denen wir völlig übereinstimmen und andere, zu denen wir Differenzen haben. Die „junge Welt“ veröffentlicht in der Regel unsere Positionen und Erklärungen, die damit eine wesentlich größere Reichweite erhalten. Die „junge Welt“ führt mit der Rosa-Luxemburg-Konferenz seit 20 Jahren das größte Treffen der radikalen, der antikapitalistischen Linken in diesem Land durch. Diese Konferenzen sind ein großer Gewinn für die gesamte Linke dieses Landes, sie sind eine Manifestation des Internationalismus. Wir bedanken uns bei der „junge Welt“ für das Engagement der Tageszeitung, für die Rosa-Luxemburg-Konferenz und für die großen Möglichkeiten, die uns bei dieser Konferenz mit dem Café K, den anderen Möglichkeiten, uns zu präsentieren, und natürlich vor allem mit der Möglichkeit, unsere eigene LLL-

Veranstaltung in diesem Rahmen durchzuführen, gegeben wird. Danke, Genossinnen und Genossen.

Mit dem Beschluss des letzten Parteitages, SDAJ und „Rotfuchs“ als Partner für die Durchführung unserer Veranstaltung zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution gewinnen zu wollen, lagen wir goldrichtig. Diese Partnerschaft hat sich bewährt, die Veranstaltung war sehr erfolgreich. Auch vor Ort hat sich die Zusammenarbeit zwischen unseren Gliederungen und den „Rotfuchs“-Gliederungen sehr gut entwickelt. Der „Rotfuchs“ ist in der Tat eine Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland und die Regionalgruppen des Rotfuchs leben das. Auch bei euch, liebe Genossinnen und Genossen des „Rotfuchs“ möchten wir uns ganz herzlich bedanken.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den letzten Jahren konnten wir unsere internationale Arbeit gut entwickeln. Das betrifft vor allem die Zusammenarbeit mit unseren Schwesterparteien in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden, mit denen wir weiter die jährlichen Konferenzen durchführen. Letztes Jahr waren wir in Münster die Veranstalter und verbanden dies mit einer gemeinsamen Demonstration gegen das Deutsch-Niederländische Korps, das gerade auch eine Führungsfunktion in der Aggression gegen Russland erhalten hatte. Seit einigen Jahren nimmt auch unsere Schweizer Schwesterpartei PdA als Beobachter teil. Diese Form der konkreten Zusammenarbeit gibt allen beteiligten Parteien inhaltliche Impulse und die Konferenzen helfen, dass sich die Zusammenarbeit verfestigt, weil sich die Parteien auch abseits von Tagesordnungen und Diplomatie besser kennenlernen. Wir möchten uns bei den Genossinnen und Genossen unserer Schwesterparteien ganz herzlich für diese Zusammenarbeit bedanken.

Innerhalb der kommunistischen Weltbewegung gibt es erhebliche inhaltliche Debatten. Sie drehen sich vorwiegend um Fragen, die wir auch innerhalb unserer Strategiediskussion behandeln. Es geht um die Frage der Übergänge und der Heranführung an die proletarische Revolution, es geht aber auch um die unterschiedliche Bewertung des Entwicklungsweges der Länder mit sozialistischer Orientierung. Gleichzeitig gelingt es bei den jährlichen Meetings der kommunistischen und Arbeiterparteien eine überraschen große Anzahl von Parteien aus vielen Ländern zusammenzuführen. Im vergangenen Herbst waren es in Leningrad/St. Petersburg 103 Parteien aus über 70 Ländern, eine Rekordteilnahme. Natürlich sind inhaltliche Konflikte spürbar. Wir sind aber sicher, dass es

gelingen kann, diese Debatten produktiv zu entwickeln, wenn es weiterhin gelingt, die Prinzipien einer gleichberechtigten, solidarischen Zusammenarbeit zu beachten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie kompliziert die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen der herrschenden Klasse und den Ausgebeuteten ist, das erleben derzeit die Genossinnen und Genossen in Südafrika und Venezuela hautnah. Persönlichkeiten, mit denen man in der Vergangenheit gemeinsam gekämpft hat, können die Seiten wechseln, aus der Inkonsequenz von Bündnispartnern kann sich die Stärkung der Konterrevolution ergeben. Für beide Länder gilt aber, dass die kommunistischen Parteien einen schweren, aber klugen Kampf führen. Wir stehen weltweit solidarisch an der Seite unserer Schwesterparteien, stolz sind wir darauf, dass unsere Partei immer wieder sehr schnell mobilisierbar ist, wenn auch die materielle Solidarität gefordert ist. Das galt und gilt für unsere Solidarität mit der KP Venezuelas, das galt und gilt für die Solidarität mit dem sozialistischen Kuba. Wieder hatte ein verheerender Hurrikan gewaltige Zerstörungen hervorgerufen. Wieder hatte Kuba bewiesen, dass Kuba eine Alternative ist – der Katastrophenschutz funktioniert, die gesamte Gesellschaft organisiert ihn für die gesamte Gesellschaft und nicht für die Reichen. Die Solidarität der kommunistischen Parteien wird täglich stärker gefordert, die Aggression der Herrschenden nimmt nicht nur in unserem Land zu. Vor allem in einigen Ländern in Osteuropa versuchen die Herrschenden die kommunistischen Parteien in die Illegalität zu

treiben – massiv bedroht ist derzeit unsere Schwesterpartei in Polen. Es ist sehr gut, dass wir bereits mehrfach Protestaktionen an der polnischen Botschaft durchführen konnten – danke hier vor allem an die Landesorganisation Berlin.

Liebe Genossinnen und Genossen

Der Kampf um die Unterschriften „Abrüsten statt Aufrüsten“ wird unsere entscheidende politische Vorbereitung unseres UZ-Pressesfests vom 7. – 9. September dieses Jahres. Ihr alle, die ganze Partei hat bereits wieder bewiesen, wir wollen das. Stand heute haben wir unser Spendenziel von 40.000,- Euro zum Parteitag um mehr als 5.000,- Euro übererfüllt. Das Pressesfest wird zeigen, ob wir unsere politischen Ziele erfüllen. Das Pressesfest wird zeigen, ob wir Schritte zur Stärkung der Partei machen, das Pressesfest wird zeigen, ob wir vorankommen in der Wiederherstellung des gemeinsamen Handelns. Das Pressesfest wird wie in einem Brennglas Situation, Kraft, Ausstrahlung dieser Partei, ihrer Zeitung und des mit uns verbundenen Jugendverbandes zeigen. Auf dem Pressesfest werden wir Dutzende Schwesterparteien aus der ganzen Welt, nationale und internationale Bündnispartner begrüßen und wir werden mit ihnen auch die Tradition von 100 Jahre KPD, 50 Jahre DKP und SDAJ feiern, feiern nicht nur, weil wir gerne feiern, sondern weil revolutionäre Organisationen die entscheidende Waffe im Kampf um die Zukunft der Klasse und der Menschheit sind.

Stärkt die SDAJ, stärkt die DKP und ihre Zeitung – vorwärts zum 20. UZ-Pressesfest.

22. Parteitag der DKP 2. – 4. März 2018, Frankfurt am Main

(Unkorrigiertes Manuskript. Es gilt das gesprochene Wort.)

Zur Situation der DKP und Möglichkeiten ihrer Stärkung

Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

„Mehr rot auf die Straße, heran an die Klasse, heran an die Jugend, neue Mitglieder gewinnen, dafür die Gruppen stärken und darauf die Leitungsarbeit konzentrieren.“ Mit diesen Worten hatte Patrik die Aufgaben für die kommenden zwei Jahre bereits auf der 12. PV-Tagung im Januar kurz auf den Punkt gebracht.

Aber was so einfach klingt, macht uns in der Umsetzung ganz schöne Probleme. Die Parteistärkung ist zu einer Existenzfrage geworden. „Die Partei droht zu verschwinden, wenn es nicht gelingt, den Trend zu stoppen, dass der Verlust von Mitgliedern durch Tod höher ist, als der Gewinn durch Neuaufnahmen.“

Das stellten wir bereits auf dem letzten Parteitag fest. Und daran hat sich nichts geändert. Wir haben es weiterhin mit sinkenden Mitgliederzahlen zu tun – auch ohne die Austritte im Rahmen der Parteiauseinandersetzung. Sie kommen erschwerend hinzu.

Uns allen ist die lange Liste der Totenehrung noch in den Ohren – hier geht es nicht um eine Zahl, sondern um GenossInnen, um Kampfgefährtnnen, RatgeberInnen, um Erfahrungen, die uns verloren gehen.

Die Parteistärkung muss als Existenzfrage ins Zentrum der Arbeit unserer Leitungen auf allen Ebenen rücken. Nicht, weil wir persönlich die Partei unbedingt brauchen und sonst Langeweile hätten, sondern weil diese Verhältnisse sie notwendig machen. Weil die kommunistische Partei notwendig ist, um diese Verhältnisse zu verändern.

Wir haben auf der 9. PV-Tagung im Juni letzten Jahres die aus unserer Sicht wesentlichen Probleme in der Parteientwicklung benannt. Wir sahen sie erstens in unseren Strukturen. Wir haben formuliert, dass unsere Parteigruppen in der Fläche nicht handlungsfähig sind. Wir meinten damit, dass viele Gruppen aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sind, eigenständig nach draußen zu gehen und Politik zu entwickeln. Wir meinten damit, dass es zu wenig Gruppen gibt, die kontinuierlich an

kommunalen oder betrieblichen Schwerpunkten arbeiten, die also die unmittelbaren Interessen der Klasse aufgreifen und die Menschen so ermutigen, aktiv zu werden.

Wenn wir das feststellen, ist das keine GenossInnenschelte. Es ist nicht einfach, den richtigen Konflikt oder Schwerpunkt zu finden, kollektive Positionen und Forderungen dazu zu entwickeln, sie verständlich zu formulieren und auch noch Öffentlichkeitsmaterial zu erstellen. Es ist nicht einfach, mit diesen Materialien in die Aktion zu kommen und am Ball zu bleiben. Dazu braucht es Erfahrungen, aktive, in ihrem Umfeld verankerte GenossInnen, Kontinuität, organisiertes Arbeiten und eine funktionierende Gruppenleitung.

Wir hatten in der Handlungsorientierung des 21. Parteitages Kriterien für eine stabile Gruppe festgehalten. Das waren: eine kollektive Leitung, eine Arbeitsplanung, regelmäßige Kassierung, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Wir stellten fest, dass das nicht überall die Realität unserer Gruppen ist, dass kollektive Leitungen mit der klassischen Aufteilung Vorsitz und Stellvertretung, Kasse, Bildung und Organisation nicht mehr die Regel sind.

Wir sind froh, dass vielerorts neue und junge GenossInnen Verantwortung übernehmen. Sie tun das aber manches Mal gezwungenermaßen und ohne dass vernünftige Übergaben stattfinden konnten. Es mehren sich Anfragen nach Grundlagen der Organisationspolitik und nach Anleitung. Wir greifen dann immer noch auf das Handbuch für Gruppenleitungen von 1984 zurück. Inzwischen gibt es Vorarbeiten für die Überarbeitung. Wir hatten sie uns sehr viel leichter vorgestellt. Im Antrag zur Parteistärkung schlugen wir auch entsprechende Seminare vor.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ohne aktive Parteigruppen ist alles nichts. Sie sind die „Augen, Ohren und Hände der Partei im Alltag“, wie Männe Grüß es im Referat des Parteivorstandes zur Auswertung der Bundestagswahl formuliert hat. Sie sind der Ort, wo wir gemeinsam analysieren, was um uns herum

passiert und kollektive Standpunkte erarbeiten, wo wir im Kollektiv lernen und uns weiter entwickeln.

Es geht in der Parteientwicklung ja nicht nur um Quantität, sondern um Qualität. Oder anders: Wir werden doch nur wieder größer, wenn wir vorher wieder besser werden – in Theorie und Praxis.

Grundorganisationen, in denen sich streiten, lernen und kämpfen lässt – um auch mal eine Teilantwort auf die Frage „Was für eine Partei wollen wir eigentlich?“ zu geben – sind der Ort, wo man die DKP kennenlernen kann. Wo der Schulterschluss mit der Jugend gelingen kann, weil es Spaß macht hinzugehen und Erkenntnisgewinn verspricht. Solche Gruppen sind der Ort, wo wir neue Mitglieder gewinnen und in die Arbeit einbinden können.

In der Fläche haben wir heute viel zu wenige Parteigruppen. Oft sind lange Wegstrecken bis zur nächsten roten Zelle zurückzulegen. Das haben wir erneut im Wahlkampf gemerkt. Längst nicht in allen größeren und großen Städten hängen unsere Plakate, weil es dort weder eine DKP- noch eine SDAJ-Gruppe gibt. Das merken wir aber auch, wenn Interessierte und Sympathisanten Kontakt zu uns aufnehmen – was zurzeit vermehrt über das Online-Kontaktformular passiert – und wir sie 100 Kilometer weit bis zur nächsten Grundorganisation schicken müssen.

Mehrfach haben wir deshalb festgestellt, dass es unsere erste Aufgabe ist, die Parteigruppen qualitativ zu stärken und in Perspektive wieder neue DKP-Gruppen zu gründen. Auf diese Aufgabe müssen sich die übergeordneten Leitungen konzentrieren. Das tun sie, das tun wir, noch zu wenig.

Der Parteivorstand neigt immer noch dazu, die Partei zu überschätzen und zu überfordern und Beschlüsse zu fassen, die nicht ausreichend in der Partei diskutiert und geprüft sind. Damit meine ich jetzt ausdrücklich nicht den Beschluss zur Bundestagswahl.

Oft geben wir uns nicht ausreichend Mühe, die Beschlüsse oder Vorhaben vernünftig zu kommunizieren. Es reicht eben nicht, etwas in die Partei hineinzurufen oder einen Beschluss in den DKP-Informationen zu veröffentlichen. Er muss in Bezirken und Gruppen ankommen, diskutiert, auf die Bedingungen vor Ort heruntergebrochen und ggf. auch korrigiert werden.

Es dauert lange bis Orientierungen des Parteivorstandes in den Gliederungen ankommen und angegangen werden – und umgekehrt, dass Rückmeldungen und Kritiken zu Beschlussvor-

lagen und Orientierungen beim Parteivorstand ankommen. Wir brauchen aber diese Kommunikation, müssen mehr Zeit einräumen, aber sie auch wieder besser organisieren.

Wenn die Diskussion zur innerparteilichen Demokratie und dem demokratischen Zentralismus, dem Zustandekommen von Beschlüssen und ihre Umsetzung in diesem Sinne gemeint ist, ja, dann müssen wir sie führen – und ernsthaft daran arbeiten. Wir haben hier Defizite. Da spielen neben dem Parteivorstand und seinen Mitgliedern natürlich auch die Bezirks- und Gruppenvorstände eine Rolle. Es geht um ihr Zusammenspiel, das organisiert werden will, nicht um Schuldzuweisungen.

Unsere Bezirksvorstände und Landesleitungen konzentrieren sich noch zu wenig darauf, die Gruppen zu unterstützen und über neue Gruppen oder Gruppenansätze nachzudenken.

Es gibt noch zu wenige Bestandsaufnahmen der Gruppen, ihrer Arbeitsweise, ihrer Schwerpunkte und Probleme; noch zu wenig Überblick über den Zustand der Gruppenvorstände.

Es gibt noch zu wenig Pläne, wie Gruppen zum Beispiel durch Bildungsarbeit, durch die Entsendung von Leitungsmitgliedern an unsere Karl-Liebknecht-Schule oder durch Kampagnentätigkeit unterstützt werden können.

Es gibt noch zu wenig Pläne, wo neue Gruppen zu gründen wären, Gruppenansätze oder einzelne GenossInnen angeleitet werden müssen. Es gibt trotz wiederholter Beschlussfassung noch zu wenig Gespräche mit der SDAJ, die das gleiche Problem hat, über diese Fragen.

Klar ist, vom Parteivorstand aus müssen wir die Beratungen mit den Bezirksvorsitzenden, die oft schlecht besucht und zum Teil auch nicht gut vorbereitet waren und die uns auch frustriert haben, wieder ernster nehmen. Wir müssen sie thematisch genauer zuschneiden und besser, ggf. auch regional organisieren.

In diesem Zusammenhang und angesichts des überall eklatanten Kadermangels haben wir auf der 9. PV-Tagung im Sommer letzten Jahres auch eine Diskussion vorgeschlagen, dass Bezirke – ähnlich wie auf dem Pressefest – näher zusammenrücken und sich gegenseitig unterstützen.

Das ist bei den im Referat genannten Bezirken nicht gut angekommen, weil es zuvor mit ihnen nicht diskutiert war. Es war aber in der Tat ein Vorschlag zur Diskussion. Es ging uns nicht um das verordnete Zusammenlegen von Bezirken und die Überlegung war auch sicher nicht durch

die Parteiauseinandersetzung motiviert, wie zum Teil in Schleswig-Holstein vermutet wurde.

Wir denken nach wie vor, dass es Sinn macht, zum Beispiel in Fragen der Bildungsarbeit oder Kassierung nicht an den Bezirksgrenzen halt zu machen, sondern zum Beispiel gemeinsame Seminare, aber ggf. auch Aktionstage etc. zu organisieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

als zweites großes Problem haben wir eingeschätzt, dass unsere Verankerung in der Klasse marginal ist. Wir stellten fest: „Betriebsgruppen und -zeitungen lassen sich an einer Hand abzählen“. Im Referat 9. PV-Tagung heißt es: „Dreh- und Angelpunkt für die Parteistärkung wird das beharrliche Ringen um die Wieder-Verankerung in der Klasse sein. Von dieser Verankerung sind wir heute weit entfernt und es wird zunächst eher um Tuchfühlung gehen. Es wird darum gehen, wieder erkennbar in Theorie und Praxis an den realen Problemen und Nöten der Menschen in Betrieben und Wohngebieten anzusetzen. ... Es geht darum, wieder erkennbar zu werden als realer und verlässlicher Partner im Kampf für die eigenen Interessen und Rechte.“

Es ist aber nicht so, dass wir keine Genossinnen und Genossen in unseren Reihen haben, die über diese Tuchfühlung, über betriebliche Erfahrung, Verankerung und Anerkennung verfügen. Im Gegenteil gibt es in den Bezirken, die sich an die Bestandsaufnahme in diesem Bereich gemacht haben, zum Teil positive Verwunderung darüber, was wir noch an Potential haben.

Wir lassen die GenossInnen aber oft allein und nutzen ihre Erfahrungen nicht für die Gesamtpartei. In den Grundeinheiten ist nicht immer der Platz für ihre Probleme und Debatten. Im Gegenteil, oft sind unsere Debatten weit von ihnen entfernt.

Wir diskutieren deshalb, dass wir Anstrengungen in unserer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit auch organisationspolitisch angehen müssen, dass wir wieder planmäßig am Aufbau von Betriebsgruppen arbeiten müssen. Als Schritt dorthin diskutieren wir seit längerem darüber, GenossInnen und Genossen aus Branchen zusammenzufassen. Hier machen wir positive Erfahrungen, die bereits auf der theoretischen Konferenz in Hannover eine große Rolle spielten und sicher auch in der heutigen Debatte.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe mit der Situation der Grundorganisationen und der mangelnden Verankerung in der

Klasse zwei unserer Hauptprobleme benannt. Hinzu kommt eine Parteiauseinandersetzung, die ans Eingemachte geht, und mit deren Dauer und Härte viele von uns nach dem 20. und 21. Parteitag nicht gerechnet hatten.

Natürlich hindert uns diese Auseinandersetzung an der Parteistärkung. Wenn sich im Bundestagswahlkampf die einzigen nennenswerten Beiträge über die DKP in der „jungen Welt“ und im „Neuen Deutschland“ mit dem Partei-Streit befassen, ist das keine Wahlempfehlung und keine Einladung, bei uns mitzumachen. Da können sich die Leute nur fragen, warum sie diesen zerstrittenen Haufen wählen, aber erst recht, warum sie sich ihm nähern oder gar anschließen sollten.

Das Ringen um Inhalte, der Streit um Standpunkte – dabei darf es in der Sache auch hart zugehen – sind für uns unabdingbar. Wir brauchen eine Atmosphäre, die die offene Diskussion ermöglicht. Diese Diskussionen können dann auch interessant und attraktiv für noch Außenstehende sein.

Nicht attraktiv und erklärbar sind aber zwei DKP-Blöcke auf einer Demo gegen die Freihandelsabkommen oder den G20-Gipfel und mehrere Homepages, von denen sich zwei vor allem an den Fehlern des Parteivorstandes abarbeiten. Das hat mit kommunistischer Partei wenig zu tun. Wir müssen diesen Zustand auch überwinden, um nach außen wieder ernst genommen zu werden.

Aber wir müssen ihn auch nach innen überwinden, um Austritte, Rückzüge, Resignation, Individualismus und Verunsicherung in den Reihen der Partei zu überwinden. Wir brauchen eine selbstbewusste Partei, die solidarisch streitet und gemeinsam handelt.

Bei berechtigter Kritik am Zustandekommen von Beschlüssen will ich auch klar sagen: Wir haben nicht vor, uns von dem Prinzip der Beschlussverbindlichkeit zu verabschieden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir hatten den klaren Auftrag des 21. Parteitages, den Zustand der Herausbildung einer Fraktion bis Ende 2016 zu beenden. Wir haben diesen Beschluss nicht umgesetzt und das ist zu Recht kritisiert worden.

Dennoch stehen wir heute dazu, Entscheidungen zur Parteiauseinandersetzung hinausgezögert zu haben. Wir waren in dieser Phase nicht untätig, sondern haben uns bemüht, Wege zu finden, die administrative Maßnahmen verhindern und die Partei wieder zusammenzuführen. Wir haben das sehr transparent gemacht.

Richtig ist, dass wir das nicht bedingungslos gemacht haben. Es ging uns um die Überwindung der Herausbildung einer Fraktion.

Wir mussten und müssen feststellen, dass uns das nicht gelungen ist. So haben wir auf der 9. PV-Tagung im Juni letzten Jahres die Auflösung der Bezirksorganisation Südbayern und den Antrag an diesen Parteitag zur Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der DKP und im Netzwerk kommunistische Politik in der DKP beschlossen.

Zu Südbayern hat Patrik etwas gesagt. Zum Unvereinbarkeitsbeschluss haben wir im Vorfeld dieses Parteitages betont und in diesem Sinne weitere Gespräche geführt, dass er unnötig wird, wenn es erkennbare Signale und einen Fahrplan zur Überwindung des Netzwerkes gibt. Auch diese Gespräche sind für uns zu keinem Ergebnis gekommen.

Eine weitere Arbeitsperiode können und wollen, dürfen wir aus meiner Sicht, diesen Zustand nicht aushalten. So gesehen gehört auch der Antrag auf Unvereinbarkeit zur Frage der Parteistärkung, nämlich zur Überwindung der Herausbildung einer Fraktion und der Verfestigung von Strömungen. Es geht darum – mit allen, die das wollen, zur gemeinsamen Debatte und zum gemeinsamen Handeln zurückzufinden.

Der Vorwurf, dass unterschiedliche Meinungen in dieser Partei unter unserer Leitung keinen Platz hätten, ist für uns nicht nachvollziehbar. Auch dieser Parteitag kann und soll keine Debatten, auch nicht die um unsere Strategie, beenden.

Für die weitere Debatte haben wir in einem Appell des Sekretariates in Reaktion auf die kollektiven Austritte aus Südbayern und junger GenossInnen aus SDAJ und DKP Themenfelder benannt, die strittig sind und die aus unserer Sicht nach dem Parteitag weiter diskutiert werden müssen.

Dieser Fragenkatalog – aufgegriffen von Kritikern des Leitantrages aus Hamburg – wird auch in der Antragsdebatte noch eine Rolle spielen. Wenn der Empfehlung der Antragskommission gefolgt wird, wird der Parteivorstand beauftragt, diesen Diskussionsprozess zu organisieren. Das schließt die Benennung einer Kommission durch den Parteivorstand nicht aus. Wir sähen auch darin eine weitere Einladung und Möglichkeit zur gemeinsamen Debatte in den Strukturen der Partei.

Wir werden im Parteivorstand heute Abend erneut und in Auswertung des Gespräches mit VertreterInnen des Netzwerkes vor zwei Wochen beraten, ob wir als Antragsteller an dem Antrag auf Unvereinbarkeit festhalten.

Der Unvereinbarkeitsbeschluss ist – wenn er gefasst wird – eine politische Feststellung und kein Ausschluss von Genossinnen und Genossen. Er zieht auch nicht automatisch Parteiordnungsverfahren mit sich – kann aber zu ihnen führen.

Natürlich ist es so, dass man den Beschluss – sollte er gefasst werden – bei fortgesetzter Tätigkeit für das Netzwerk kommunistische Politik missachtet. Das wären dann zum dritten mal in Folge die Missachtung von Ergebnissen eines Parteitages.

Liebe Genossinnen und Genossen,

bereits die Handlungsorientierung des 21. Parteitages orientierte auf die Parteistärkung. Ich nenne die großen Beschlüsse zum UZ-Pressesfest und zum eigenständigen Antritt zu den Bundestagswahlen innerhalb dieses Beschlusses. Ich nenne aber auch die dort bereits angelegte Orientierung auf die Stärkung der Grundorganisationen und im Bereich Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit auf das Bündeln von Erfahrungen in Branchen und Betriebssammelgruppen.

Die Handlungsorientierung hat den richtigen Weg aufgezeigt und sie hat uns auch in Bewegung gebracht. Wir haben in den letzten beiden Jahren gezeigt, dass unsere kleine Partei durchaus lebendig ist und Ausstrahlung hat. Ich nenne nur Schlaglichter. Weitere sind im Tätigkeitsbericht nachzulesen.

Im Friedensbereich

- Wir haben den Atomwaffenstützpunkt Büchel zweimal dicht gemacht. Beim ersten Mal eher symbolisch, beim zweiten Mal richtig.
- Wir haben in der Friedensbewegung zusammenführend gewirkt, konnten zum Zustandekommen der bundesweiten Demo „Die Waffen nieder“ in Berlin beitragen und haben in dieser Linie verschiedene Akteure der Friedensbewegung auf dem UZ-Pressesfest an einen Tisch geholt. Wir brauchen die inhaltliche Diskussion und keine Spaltung der Friedensbewegung.

Im Bereich Betriebs- und Gewerkschaftspolitik

- Die B&G-Kommission hat kontinuierlich gearbeitet und beispielsweise die Themen Industrie 4.0 und Rente bearbeitet. Sie hat mit dem Gesundheits- und Streik-Info zur Tarifauseinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie den Gruppen zugearbeitet.

- Erfolgreich war die Durchführung der Konferenz zur Arbeitszeitverkürzung mit Positionen aus verschiedenen DGB-Gewerkschaften
- Als Fortschritt sehen wir die Bildung der Branchengruppe Gesundheitspolitik im Rahmen der B&G-Kommission

In der Öffentlichkeitarbeit

- Haben wir neben den genannten Infos im B&G-Bereich mit den DKP-Friedens, Umwelt- und Frauentagsinfo ein neues Format entwickelt
- Wir sehen große Fortschritte in der Entwicklung der UZ als Zeitung der ganzen Partei, in der Verjüngung der Redaktion, in der Qualität der Zeitung und ihrem Online-Gang und in der Weiterentwicklung des UZ-Shops.
- Mit der Soli-Kampagne für die KP Venezuelas, der Rundreise mit Carolus Wimmer, aber auch mit Adel Amer, dem Vorsitzenden der KP Israel, und der Soforthilfe für das sozialistische Kuba nach dem Sturm haben wir erneut gezeigt, welchen wichtigen Stellenwert die internationale Solidarität in unserer Partei hat.

Und nicht zuletzt konnten wir Akzente setzen durch

- die Unterstützung des noch einmal größer gewordenen Festivals der Jugend,
- unseren Aktivitäten mit internationaler Beteiligung im Rahmen der G20-Proteste in Hamburg
- die gemeinsame Veranstaltung mit der SDAJ und dem Rotfuchs zur Oktoberrevolution mit mehr als 500 TeilnehmerInnen in Berlin

Carolus Wimmer, internationaler Sekretär der KP Venezuelas, gab uns den freundlichen Hinweis, wir sollten unser Licht nicht immer so unter den Scheffel stellen. Da hat er Recht.

Heute müssen wir aber auch feststellen, dass die Handlungsorientierung zu ehrgeizig und zu umfangreich war, dass sie mit manchen Vorhaben an der Realität der Partei vorbei ging. Das hat auch mit der Frage unserer personellen Situation zu tun. Nicht in allen Bereichen gelang die Absicherung unserer Vorhaben und wir hatten es auch mit Rückschlägen in der Personalpolitik zu tun. Ich nenne hier die Kommunalpolitik, wo wir umfangreiches beschlossen haben, aber es zentral nicht umsetzen konnten. Hier fehlte schlicht eine Verantwortung. Wir können froh sein, dass wir in unserer Partei so tolle Kommunalpolitiker wie in Bottrop oder auch Bremen Nord haben. Ich nenne Bremen Nord, weil ich beein-

druckt von dem Schilder-Kampf bin um die Ehrung antifaschistischer Widerstandskämpfer, über die wir in der UZ berichtet haben. Ich könnte aber auch etliche andere Städte und Beispiele nennen.

Angesichts dieser Stärken ist es umso wichtiger, diese Erfahrungen wie im Bereich Betrieb- und Gewerkschaftsarbeit stärker zu bündeln und für die Gesamtpartei nutzbar zu machen. Wir werden da rangehen.

Ich nenne unsere antifaschistische Arbeit, in der Handlungsorientierung neben der Friedensarbeit der zentrale inhaltliche Schwerpunkt. Hier können wir überhaupt nicht zufrieden sein.

Die Diskussion um das Bündnis und den Aufruf „Aufstehen gegen Rassismus“ führte zum Rücktritt von Jürgen Lloyd als Leiter der Antifa-Kommission. Patrik hat dazu bereits etwas ausgeführt. Es gelang uns nicht, die Kommission aufrecht zu erhalten. Wir haben hier Auseinandersetzungen um unsere antifaschistische Strategie, die wichtig sind, aber noch nicht den richtigen Rahmen, sie zielführend zu diskutieren und daraus dann eine Handlungsorientierung zu entwickeln.

Ich nenne die Bildungsarbeit, wo wir nach der Aufgabe der Leitung unserer KL-Schule durch Jürgen gezwungen waren, relativ schnell eine neue Leitung zu bilden. Das ist uns gut gelungen und dafür danken wir den GenossInnen sehr. Aber das hat natürlich in der Bildungskommission und ihrer Arbeit vor allem mit Blick auf die Erstellung von Bildungsmaterialien Lücken gerissen.

Ich nenne aber auch die Jugendpolitik, die Zusammenarbeit mit der SDAJ. Hier sind wir weiter gekommen und absolut froh, dass wir wieder ein offenes und solidarisches Verhältnis haben, Probleme und Differenzen offen ansprechen und viele Schritte gemeinsam gehen, dass wir die SDAJ selbstverständlich unterstützen wie bei ihrem Festival und sie uns unterstützt wie im Wahlkampf. Und doch sind wir von der Kampfgemeinschaft, die unser Anspruch ist, noch ein Stück entfernt. Auch das ist keine Kritik an der SDAJ, sondern Selbstkritik.

Es ist uns noch nicht ausreichend gelungen, auf Bezirks-, Kreis- und Gruppenebene den regelmäßigen Austausch und die Zusammenarbeit zum Beispiel in der Bildungsarbeit besser zu organisieren. Die Arbeit der Jugendkommission, der jugendpolitische Ratschlag mit der SDAJ, der Maßnahmenkatalog für die Zusammenarbeit mit der SDAJ auf Kreis- und Gruppenebene waren genau richtig. Aber auch da braucht die Umsetzung Zeit, die wir nicht immer haben.

Ich will nicht sagen, dass wir den kollektiven

Austritt von jungen Genossinnen und Genossen aus SDAJ und DKP hätten verhindern können. Aber klar ist, wir haben zu spät geschaltet, zu spät begriffen, dass es die Diskussion der Partei ist, die da auf dem Rücken des Jugendverbandes ausgetragen wurde. Und wir haben uns vor allem in den Bezirken, wo die Diskussion hart geführt wurde, zu spät eingeschaltet. Das hat aus unserer Sicht damit zu tun, dass wir auf bezirklicher, Kreis- und Gruppenebene noch keinen Weg gefunden haben, die Zusammenarbeit zu verstetigen. Wir sehen hier vor allem Möglichkeiten in der gemeinsamen Bildungsarbeit.

Der Jugendverband braucht unsere Unterstützung und wir seine. Lasst uns auf allen Ebenen näher zusammenrücken.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wie ein Brennglas sind unsere Schwächen im Bundestagswahlkampf offenbar geworden. Ja, auch für diesen tiefen Einblick hat sich die Kandidatur gelohnt. Ein harter, ein ungeschönter Blick auf unsere mangelnde Verankerung in der Klasse und auch auf ihren Bewusstseinsstand auf den wir nicht ausreichend eingestellt sind.

Ich will den Bundestagswahlkampf keinesfalls klein reden. Er hatte eine positive Wirkung auf unsere Partei – die „junge Welt“ nannte das nicht ganz unberechtigt Gruppentherapie.

Mit anderen Worten hat Männe Grüß das in der Auswertung im Parteivorstand so ausgedrückt: „Das erste Ziel der DKP-Kandidatur war es, konzentriert nach außen zu treten – und zwar auf Ebene der Grundorganisationen –, Erfahrungen in den Diskussionen mit Menschen zu sammeln, die eigenen Stärken, aber natürlich auch Schwächen kennenzulernen. Dieses Ziel hat unsere Partei mit dem Wahlkampf erreicht.“

Männe hat angesichts des relativen Erfolgs im Wahlkampf insbesondere der GenossInnen in Brandenburg, aber auch in Berlin, wo wir deutlich bessere Ergebnisse hatten als im Rest der Republik, auf drei wichtige Punkte hingewiesen:

In Brandenburg, aber auch Berlin gibt es eine Kontinuität in Wahlkämpfen, die uns nicht nur hilft, Wahlkämpfe zu organisieren, sondern die auch den Wählerinnen und Wählern signalisiert, dass mit uns zu rechnen ist.

Vor allem die Genossen in Brandenburg haben mit Erfolg auf DirektkandidatInnen und damit auf das Bekanntmachen kommunistischer Persönlichkeiten gesetzt. Diese Orientierung hatten wir für den Bundestagswahlkampf nicht ausgegeben. Das war sicherlich ein Fehler.

Und drittens wies Männe darauf hin: „Die Kandidatur der DKP in einem ostdeutschen Bundesland stößt auf einen Nährboden der politischen Sympathie in größeren Bevölkerungsteilen. ... Ein positiver Bezug auf die DDR war in den Gesprächen ein gemeinsamer Nenner und Türöffner für Gespräche.“ Die Wahlergebnisse seien deshalb ein Indiz dafür, dass die DKP trotz ihrer organisatorischen Schwäche auf dem Gebiet der DDR in Bezug auf die Stimmungslage in breiten Bevölkerungsteilen über Wahlpolitik hinaus eine Chance hat, sich organisatorisch zu entwickeln.

Umso bitterer war es für uns in der Zentrale, die Landeslisten in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern nicht absichern zu können. Ich sage „in der Zentrale“, weil die GenossInnen vor Ort zum Teil weniger enttäuscht waren, weil sie realistischer waren. Dieser Realismus war aber bis zu uns nicht vorgedrungen.

Wir waren uns im Klaren darüber, dass es ohne Hilfe nicht gehen wird, und hatten deshalb darauf orientiert, oder genauer sogar beschlossen, dass die größeren und besser organisierten Bezirke, ihre Sammlung schnell abschließen, um dann in den Osten zum helfen fahren. Das ist mit wenigen Ausnahmen nicht passiert.

Das bestätigt die Probleme, die ich eingangs genannt hatte, dass wir dazu neigen, die Partei zu überschätzen und dass die Kommunikation zwischen Parteivorstand, Bezirken und Grundorganisationen besser organisiert werden muss. Es zeigt auch, welche Aufgabe und Verantwortung wir dabei haben, unseren Grund- und Landesorganisationen in Ostdeutschland zu helfen. Hier müssen wir zentral mehr Kraft reinstecken.

Die Schwächen im Wahlkampf - dazu gehörte auch die Überforderung von Bezirksorganisationen mit der formalen Abwicklung und die der Zentrale mit der Gesamtorganisation - nehmen aus unserer Sicht nichts von der Richtigkeit der politischen Entscheidung, eigenständig zu dieser Wahl anzutreten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Antrag zur Parteistärkung, der diesem Parteitag vorliegt, liegt in der Linie der Handlungsorientierung des 21. Parteitages. Wir wollen die nun zu fassenden Beschlüsse aber personell besser absichern und kontrollieren.

Diese Frage hat in der Diskussion um die Zusammensetzung des neuen Parteivorstandes eine größere Rolle gespielt. Wir wollen den Partei-

vorstand stärker zum arbeitenden Gremium entwickeln. Dabei geht es nicht darum, dass alle PV-Mitglieder im Café K Brötchen schmieren **oder** sich in Büchel am Tor festketten müssen. Das sollen sie nach ihren Möglichkeiten auch, aber es geht vielmehr um Kontinuität in der Arbeitsweise.

Es geht uns zum einen um die Stärkung der Kommissionen des Parteivorstandes, die aus unserer Sicht eine Schlüsselrolle in der Politikentwicklung haben. So wollen wir zum Beispiel eine Kommission Kommunalpolitik ins Leben rufen. Die Kommissionen müssen aus unserer Sicht direkt im Parteivorstand am besten durch ihre LeiterInnen angebunden sein.

Zum anderen geht es darum, dass Bezirksvorsitzende und Mitglieder der Bezirksvorstände im Parteivorstand größere Verantwortung übernehmen bei der Vermittlung und Umsetzung der Beschlüsse in den Bezirken und Gruppen.

Inwieweit uns eine solche Stärkung des Parteivorstandes gelingt, sehen wir morgen bei der Vorstellung des PV-Vorschlags für den neu zu wählenden Parteivorstand.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Antrag zur Parteistärkung ist deutlich konzentrierter als die Handlungsorientierung des 21. Parteitages. Er orientiert zu allererst auf die Stärkung der Grundorganisationen – sowohl der Wohngebietsgruppen, die das Gros unserer Gruppen ausmachen, als auch auf die Bildung von bezirklichen und örtlichen Betriebs- und Branchengruppen.

Bei der Orientierung der Gründung von Branchengruppen knüpfen wir an die positiven Erfahrungen mit der Gründung der Branchengruppe Gesundheit im Rahmen der Kommission B&G an. Sie hat dazu geführt, dass auch bezirklich und örtlich Branchengruppen entstanden sind, zum Beispiel im Rheinland, in Hamburg, in Berlin und in Bielefeld – oder bereits vorhandene wie in Dortmund eine Anbindung bekommen haben.

Zentral schlagen wir vor, auch eine Branchengruppe im Bereich der im Bildungs- und Erziehungswesen tätigen GenossInnen zu bilden.

Bei der Stärkung der Wohngebietsgruppen geht uns erneut vor allem um die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. Insbesondere bei der Bildungsarbeit halten wir Anstrengungen für notwendig, damit sie wieder regel- und bestenfalls gleichmäßig in den Kollektiven der Grundorganisationen anhand zentraler Bildungsmaterialien und unterstützt von der UZ stattfinden kann.

Auch der vorliegende Antrag zur Änderung des Statuts trägt der Orientierung auf Stärkung der Grundorganisationen Rechnung. Wir schlagen darin vor, Parteitagsdelegierte künftig auf Gruppenebene zu wählen, um die vorhandenen Ungerechtigkeiten zu beheben. Dadurch würden kommende Parteitage größer werden. Das wird eine organisatorische Herausforderung, die sich aber lohnt, wenn sie der innerparteilichen Demokratie dient.

Zu guter Letzt setzen wir zur Unterstützung der Grundorganisationen auf kampagnenhaftes Arbeiten. Im Antrag zur Parteistärkung formulieren wir: „Der Parteivorstand und die Friedenskommission werden eine Kampagne entwickeln, um den Zusammenhang zwischen den Aufrüstungsplänen entsprechend der NATO-Forderung auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Kriege, die in der Bevölkerung keinen Rückhalt haben, **und** dem weiteren Abbau sozialer und demokratischer Rechte aufzuzeigen. Das ist die inhaltliche Linie, mit der wir in der kommenden Periode in Stadtteilen, Betrieben und Gewerkschaften wirken.“

Wir wollen das heute konkretisieren. Wir schlagen vor, dass wir ausgehend von diesem Parteitag mit einem ersten Höhepunkt bei den Ostermärschen organisiert an die Unterstützung der Kampagne „abrüsten statt aufrüsten“ der Friedensbewegung gehen.

Wir schlagen vor, dass wir als Partei ab Montag bis zu unserem 20. UZ-Pressesfest im September 30.000 Unterschriften unter den Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ sammeln.

30.000? Ja, wir halten das angesichts der gesammelten Unterschriften zur Absicherung unserer Landeslisten im Bundestagswahlkampf für realistisch.

Beim Pressesfest wollen wir diese 30.000 Unterschriften im Rahmen unserer „Geburtstagsfeier“ an die Friedensbewegung übergeben. 50 Jahre SDAJ und DKP, 100 Jahre KPD – das war immer auch Kampf um den Frieden, gegen imperialistische Kriege und Hochrüstung.

Vor allem die Phase zwischen dem 1. Mai und dem Pressesfest wollen wir planmäßig angehen. Wir orientieren darauf, dass alle Gruppen für diese Phase Arbeitspläne erstellen. Wir schlagen dafür folgende Elemente vor:

- Sammlung und Aktionen an kommunalen oder betrieblichen Schwerpunkten.
- Diskussion in allen Gruppen, welche Möglichkeiten es gibt, mit der Unterschriftensammlung an gewerkschaftliche Strukturen oder

Gremien der betrieblichen Interessensvertretung zu treten bzw. inwieweit es sinnvoll ist, dass GenossInnen an ihren Arbeitsplätzen oder Gruppen vor Betrieben sammeln

- Veranstaltungen in der Gruppe zum Thema „NATO und deutsche Aufrüstung – Gefahr für den Frieden“
- Wir schlagen vor, dass auch die Gruppen über Zielzahlen diskutieren.

Wir wollen die Arbeit aller Leitungen der Partei darauf konzentrieren, den Gruppen zu helfen. Das bedeutet für den Parteivorstand unter anderem:

- Die Herausgabe einer UZ-extra und mehrerer Friedensinfos
- Die Erstellung von ReferentInnen- und Materiallisten

Das bedeutet für die Bezirksvorstände unter anderem:

- Die Begleitung der Gruppen bei der Erstellung und Umsetzung der Arbeitspläne
- Die kollektive Bilanz und Auswertung mit den Gruppen

Direkt vom Parteitag mitnehmen könnt ihr ein Antikriegsinfo mit der Unterschriftenliste auf der Rückseite, das wir mit den Organisatoren der

Kampagne abgestimmt haben. Wir wollen die Listen in Essen sammeln und von dort weiterleiten, damit wir ab jetzt einen Überblick haben, wie viele Unterschriften durch die Partei gesammelt werden.

Wir wollen das Ganze natürlich in der UZ mit einem Barometer begleiten. Dort wollen wir auch Erfahrungen der Gruppen dokumentieren. Positive wie negative.

Im Vorfeld des Pressefestes wollen wir unsere Erfahrungen auswerten und entscheiden, ob und wie wir die Kampagne „abrüsten statt aufrüsten“ weiter begleiten. Das hängt natürlich auch sehr von der Dynamik ab, die diese Kampagne entwickelt. Das Potential für Massenwirksamkeit hat sie allemal.

Ein nächster Meilenstein in dieser Kampagne könnten für uns die EU-Wahlen sein, die voraussichtlich am 26. Mai 2019 stattfinden. Die Friedensfrage in diesen Wahlkampf zu tragen, wird sicherlich zentrale Aufgabe sein, der neue Parteivorstand sollte aber auch zügig über die Form unserer Beteiligung beraten und entscheiden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

„Mehr rot auf die Straße, heran an die Klasse, heran an die Jugend, neue Mitglieder gewinnen, dafür die Gruppen stärken und darauf die Leitungsarbeit konzentrieren.“

Lasst uns an diesem Wochenende Erfahrungen austauschen, die Orientierung diskutieren, aber auch beschließen und an die Arbeit gehen!

22. Parteitag der DKP 2. – 4. März 2018, Frankfurt am Main

(Unkorrigiertes Manuskript. Es gilt das gesprochene Wort.)

Einleitung zur Debatte um den Leitantrag

Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP

Die vorläufige Antragskommission hatte den Auftrag auf der Basis der von der außerordentlichen PV-Tagung im Juli 2017 beschlossenen Entwürfe des Leitantrages und des Dokuments zur Parteienentwicklung zu arbeiten. Sie sollte die von den Parteigruppen und -konferenzen beschlossenen Änderungsanträge beraten und dazu Empfehlungen aussprechen.

Wir hatten nicht die Aufgabe aus dem Entwurf ein völlig anderes, eventuell noch programmatischeres Dokument, vielleicht sogar eine Art neues Parteiprogramm, zu machen und dafür den Entwurf komplett umzumodeln. Dabei wissen wir natürlich, dass unsere Antragsdebatten nicht nur um die mögliche Länge von Papieren geführt werden.

Wir stehen in der Kontinuität der Debatten und Entscheidungen der letzten beiden Parteitage.

Auf dem 20. Parteitag haben wir einen politischen Kurs und eine Entwicklung gestoppt, die den Charakter der DKP als einer eigenständigen politischen Partei infrage gestellt hätte und damit ihren Charakter als einer K-Partei bedrohte. Das war mit einem Wechsel in der Führung verbunden.

Auf dem 21. Parteitag haben wir dieses „K“ im Sinne der Bestimmung der DKP als marxistisch-leninistische Partei inhaltlich bestätigt und bekräftigt. Auch unsere Beschlüsse zum Ausscheiden aus dem Beobachterstatus bei der Europäischen Linkspartei, die Entscheidung zur Kandidatur bei der Bundestagswahl 2017 und – das gehört ebenfalls dazu – der Beschluss zur Unvereinbarkeit über die Zugehörigkeit zum sogenannten „Kommunistischen Netzwerk“, haben diese Grundsatzentscheidung konkretisiert.

Mit dem 22. Parteitag wollen wir nun die Strategie dieser marxistisch-leninistischen Partei präzisieren. Das machen wir nicht in Form einer Tabula-Rasa-Methode. Wir fangen nicht am Nullpunkt an, sondern fragen im Leitantrag nach den neuen Bedingungen für eine revolutionäre Strategie, die sich gegen die Hauptkräfte des modernen Kapitalismus richtet.

Allein für den Antrag zur Präzisierung und Klärung unserer Strategie habt ihr als Delegierte des 22. Parteitags vier Arbeitshefte in einem Umfang von 203 Seiten erhalten.

Darin abgedruckt sind die 310 Anträge aus den Grundorganisationen und Konferenzen der Partei, die zum Entwurf des Leitantrags „Die Offensive des Monopolkapitals stoppen. Gegenkräfte formieren. Eine Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt erkämpfen“ gestellt worden waren und die mit den Empfehlungen und Begründungen der Antragskommission versehen sind. Zusätzlich gibt es eine tabellarische Auflistung mit den Empfehlungen im Umfang von 6 Seiten.

Die Kommission hat die Anträge plangemäß für den Druck vorbereitet. Sie hat sich dafür dreimal getroffen: einmal in Frankfurt am 6.12. und zweimal am Vorabend und am ersten Tag des LLL-Treffens in Berlin. Zwischen den Sitzungen der Kommission sind nichtgezählte Emails und Rundbriefe zwischen den Mitgliedern der Kommission und zwischen Antragstellern und der Kommission zirkuliert. Es waren sehr arbeitsintensive Wochen und Monate der Zusammenstellung und der Beratung der Anträge.

Mein Dank gilt den vielen GenossInnen, die sich in einem beeindruckenden Ausmaß an der Beratung und der Bearbeitung des Entwurfs des Leitantrages beteiligt haben. Der Antrag ist nicht mehr nur ein Papier des Parteivorstandes sondern ein Antrag der ganzen Partei geworden.

Mein Dank gilt dem Kollektiv der Antragskommission I, die – so meine ich – mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen und Kenntnissen ihren Parteauftrag gut erfüllt hat. Das ging nicht immer ohne Widerspruch und Kontroverse ab, aber ich bin sehr froh in diesem gut funktionierenden Kollektiv gearbeitet zu haben.

Mein Dank gilt genauso den Genossinnen der Bundesgeschäftsstelle, die den arbeitsaufwändigen Prozess der Sammlung und Weiterleitung der Anträge perfekt organisiert haben.

Die beiden Hauptanträge spiegeln auf vielfältige Weise den Sachverstand, die Kompetenz und den revolutionären Willen der Partei in Fragen der Strategie und der konkreten Politik wieder. Die Weisheit der Gesamtpartei war gefragt und sie hat sich auch wieder einmal deutlich zu Wort gemeldet.

Dabei haben wir immer wieder mit einem Problem zu tun gehabt: Wir mussten auf den Gesamtzu-

sammenhang der Anträge mit dem Originaltext zu achten. Wir mussten feststellen:

- Wo sind die von den AntragstellerInnen vorgeschlagenen Änderungen vielleicht schon in anderen Anträgen oder sogar an anderen Stellen des Originaltextes drin oder auch bereits besser formuliert?

- Welcher Antrag erledigt weitere Vorschläge?

Das heißt, wir mussten sowohl die Anliegen der Antragsteller als auch die Gesamtdebatte im Auge behalten. Wir haben jedoch immer versucht möglichst viel von den inhaltlichen Anliegen der Anträge, wenngleich auch nicht immer im genauen Wortlaut, zu erfassen und zu berücksichtigen. Im Rahmen natürlich der Zustimmung zum Gesamtentwurf.

Bitte bedenkt dies, wenn ihr der Ansicht seid, dass dieser oder jener Eurer Anträge nicht genug gewürdigt worden sei.

Beide Hauptanträge sind keine Dokumente, die von Elfenbeinturm-Theoretikern erarbeitet wurden. Darin spiegeln sich Kampferfahrungen von Jahrzehnten wieder.

Die Ergebnisse der Antragsdebatte dokumentieren aber auch die inhaltlichen Schwächen und auch Defizite, die wir in verschiedenen Fragen der aktuellen Kapitalismus- und der Klassenanalyse und die wir vor allem in der realen Verankerung in Betrieben, Gewerkschaften und Wohnbereichen der Arbeiterklasse haben.

Deutlich zu wenige Mitglieder stehen noch im Arbeitsleben, unsere betriebliche Verankerung ist auf den Minimum abgesackt.

Welche inhaltlichen Themen, ungelösten oder umstrittenen Fragen mussten und müssen wir uns stellen? Dazu hat das Sekretariat in seiner Erklärung, die am 1. Dezember 2017 in der UZ abgedruckt war, und an die wir in den Empfehlungen der Antragskommission erinnern, eine Liste von Fragen zusammengestellt. Sie basieren auf Anregungen der Antragsdebatte in der Partei, unter anderem auf Anregungen der Parteigruppe Hamburg Süd. Ich will diesen Fragen- und Themenkatalog jetzt nicht wiederholen.

Wir schlagen als Antragskommission vor

a) den Leitantragsentwurf des PV als Diskussionsgrundlage zu behandeln und

b) einige strukturelle Änderungen vorzunehmen.

Wir schlagen vor, die Ökologie-Thematik innerhalb der Imperialismus-Analyse nach Zeile 243 in einer Ergänzung des Antrags LA 085 aus Dortmund Nord als einen gesonderten Passus auszuweisen. Als Abschnitt „V. Imperialismus und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen“.

Wir schlagen dementsprechend auch im Forderungsteil B III vor, die dort angedeuteten Forderungen zu einem eigenen Punkt zu bündeln.

Wir schlagen vor einen gesonderten Analyseteil zum Rechtspopulismus nach Zeile 634 in Form des Antrags LA 168 einzufügen.

Wir empfehlen einen zusätzlichen Gesundheitsteil in Abschnitt BIII einzufügen um nicht nur der aktuellen Bedeutung der Kämpfe in den Kliniken für eine Verbesserung des Personalschlüssels Rechnung zu tragen, sondern um den gesamten Bereich der Gesundheitspolitik und den Kampf gegen die Ökonomisierung des Gesundheitswesens stärker hervorzuheben.

Wir empfehlen vor allem mit Hilfe des Antrag aus Berlin zur Wohnungsnot in B III einen Extrapunkt zur Wohnungspolitik einzufügen.

Das alles dient dazu die Konzeption der „Wende“ noch verständlicher zu machen. Die auf den nächsten Schritt, auf den Stopp der Kapitaloffensive gerichtete „Wende“, hat die DKP bereits in ihrem Parteiprogramm von 1978 als Anfangsphase einer sichtbaren Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen der Macht des Großkapitals und der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten bezeichnet.

„Die in der Orientierung auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt gestellten Aufgaben gehen noch nicht über den Kapitalismus hinaus. Sie bleiben noch im Rahmen der alten Gesellschaft. Innerhalb dieses Rahmens schränken sie die Macht der Monopole ein und verbessern so die Positionen der Arbeiterklasse und der anderen antimonopolistischen Kräfte.“ (Willi Gerns: Protokoll des Mannheimer Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei von 1978, S. 187ff).

An dieser Charakterisierung der „Wende“ halten wir fest.

Mit dieser strategischen Orientierung knüpfen wir an den Überlegungen von Marx und Engels an, wonach die Arbeiterklasse „zunächst um einen Anteil“ an der Macht „später um die gesamte Macht“ kämpft um, in die Lage zu kommen „die bestehenden Gesetze entsprechend ihren Bedürfnissen zu ändern.“ (MEW 19, 258)

Der Kampf um eine „Wende“, der antimonopolistische Kampf soll also hin zum „revolutionären Bruch“ führen und den Weg dazu eröffnen. Dieser Bruch steht und kann auch nicht am Beginn der Kämpfe stehen, wie es sich auch die Antragsteller aus Stuttgart erhoffen, sondern wird und soll deren Ergebnis sein.

Eine Sonderrolle unter den Anträgen zum Leitantrag spielen die Anträge aus Dortmund Nord. Ursprünglich waren sie als Gesamialternative zum

Leitantrag formuliert worden. Die Antragsteller haben sich dann aber entschieden, sie auf die verschiedenen Abschnitte des Leitantrages umzuverteilen.

Damit haben sie die Antragskommission mehrfach in Verlegenheit gebracht, weil es keine eigentlichen Änderungsanträge zum Text des Entwurfes waren und sind, sondern jeweils komplette Gegenentwürfe zu großen Blöcken. Wir sprechen natürlich den Dortmundern GenossInnen nicht das Recht ab, den Gesamtantrag abzulehnen und ihn komplett zu ersetzen und dies dann auf diesem Weg der Stückelung zu tun. Aber wir konnten

auch diese Variante der Ablehnung des Leitantrages politisch nicht nachvollziehen.

Nach unserer Meinung, und das gilt auch für die übergroßen Mehrheit der Antragsteller, ist der Leitantrag realistisch, er analysiert die Kampfbedingungen richtig, kaut nicht einfach dogmatische alte Formeln nach, sondern bemüht sich eine wirkliche Realanalyse. Die meisten Antragsblöcke aus Dortmund-Nord mussten wir deshalb ablehnen: Wir haben aber an einigen Stellen Kerngedanken übernommen und in der Regel dafür votiert diese langen Passagen als Arbeitsmaterialien für die weitere Debatte um die Strategie und Programmatik anzusehen.

22. Parteitag der DKP 2. – 4. März 2018, Frankfurt am Main

Ergebnisse der Parteiwahlen

Vorsitzender der DKP

Gewählt wurde:

- Patrik Köbele

Es wurden 165 Stimmen abgegeben, 165 Stimmen waren gültig.

Auf Patrik Köbele entfielen 140 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Stellvertretende Vorsitzende der DKP

Gewählt wurden:

- Wera Richter, mit 144 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Es wurden für diesen Wahlgang 165 Stimmzettel abgegeben. Alle Stimmzettel waren gültig.

- Hans-Peter Brenner mit 115 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen, 12 Enthaltungen

Es wurden für diesen Wahlgang 163 Stimmzettel abgegeben. 1 Stimmzettel war ungültig.

Parteivorstand

Genossinnen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
Angelika R.	124	5
Birgit L.	121	9
Katrin K.	120	9
Kornelia L.	122	8
Michaela S.	108	9
Monika M.	118	7
Marion K.	129	4
Renate K.	124	7
Seta R.	128	8
Tina S.	136	3
Walpurga S.	124	8
Nicht gewählt wurde		
Isa P.	43	60

Genossen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
August B.	118	7
Axel K.	119	9
Björn S.	107	9
Günter P.	124	12
Jan S.	104	7
Jürgen B.	116	4
Jürgen K.	100	4
Klaus L.	132	5

Lars M.	131	6
Lothar G.	84	21
Michael G.	117	10
Olaf H.	128	6
Pablo G.	120	9
Peter L.	106	13
Thorsten L.	99	9
Toni K.	85	18
Rainer P.	122	7
Uwe F.	85	34

Nicht gewählt wurden

Helmut W.	48	24
Mario B.	84	25
Markus Z.	59	20
Werner A.	64	16

Zentrale Revisionskommission

Gerda M.	153
Gunhild H.	146
Ralf M.	152

Zentrale Schiedskommission

Anna C.	134
Bernd W.	139
Helmut D.	134
Irène L.	128
Thea H.	149
Udo S.	150

Information zum Wahlergebnis des Parteivorstandes:

Als 32. Mitglied des DKP-Parteivorstandes mit der geringsten Zahl an Ja-Stimmen wurde dem 22. Parteitag der Gen. Lothar G. genannt. Die Wahlkommission hat Lothars Wahl festgestellt und bekannt gegeben, obwohl der Gen. Mario B. die gleiche Anzahl von Ja-Stimmen hatte. Ausschlaggebend für die Entscheidung der Wahlkommission war eine geringere Anzahl von Nein-Stimmen für Lothar gegenüber Mario. Diese Entscheidung der Wahlkommission wird hinterfragt, da es in der beschlossenen Wahlordnung (Punkt 7b) heißt: "Wenn die Zahl der Kandidat/inn/en die Zahl der zu wählenden Genoss/inn/en übersteigt, können bis zur Zahl der zu Wählenden Kreuze als Ja-Stimmen vergeben werden. Gewählt sind die Kandidat/inn/en mit den meisten Ja-Stimmen." Nein-Stimmen und Enthaltungen sind im konkreten Fall in der Wahlordnung nicht vorgesehen, wurden allerdings bei der Wahl auf den Stimmzetteln abgefragt und von den Delegierten auch genutzt.

Andere Optionen wären zwar möglich, aber nur schwer umsetzbar gewesen. So wäre eine Erhöhung der Anzahl der PV-Sitze mit der Aufhebung der Mindestquotierung verbunden gewesen und eine Stichwahl ist weder im Statut noch in der Wahlordnung geregelt.

Die Vorsitzenden der DKP und die Wahlkommission sehen das Heranziehen der Nein-Stimmen auch im Rückblick als richtige Entscheidung. Der Leiter der Wahlkommission hätte bei der Bekanntgabe der Wahlergebnisse den Parteitag allerdings über das Problem informieren müssen, um damit eine ausreichende Transparenz herzustellen. Die Delegierten hätten sich dann in Frankfurt/Main zu der Problematik positionieren können. Für die entstandenen Irritationen hat Gen. Klaus Leger als Leiter der Wahlkommission die Delegierten des Parteitages am 16. März 2018 in einer entsprechenden Information um Entschuldigung gebeten.

Die Wahlkommission wird den Sachverhalt noch einmal mit der Zentralen Schiedskommission beraten und den Parteivorstand über das Ergebnis informieren. Die 1. Parteivorstandstagung, die sich ebenfalls positionieren wird, findet am 21./22. April 2018 statt.

